

5 Bürgerschaftliches Engagement und soziale Integration von Zugewanderten

Soziale Integration lässt sich nur schwer messen. Die hier vorgestellten Indikatoren beziehen sich zunächst auf die Einbürgerung (Indikator 5.1), die Wahlbeteiligung (Indikator 5.2) und den Grad der Akzeptanz der Zuwanderung im Aufnahmeland (Indikatoren 5.3 und 5.4). Als nächstes werden die Teilnahme an Freiwilligenorganisationen (Indikator 5.5), die wahrgenommene Diskriminierung von Zugewanderten aufgrund von ethnischer Herkunft, Hautfarbe und Nationalität (Indikator 5.6) und der Grad des Vertrauens in die Institutionen des Aufnahmelandes (Indikator 5.7) beschrieben. Abschließend geht es um eine Reihe von Indikatoren in Verbindung mit der öffentlichen Meinung zu Integration (Indikatoren 5.8, 5.9 und 5.10).

In Kürze

In den meisten Ländern ist der Anteil der seit Langem ansässigen Zugewanderten, die eingebürgert sind, in den letzten zehn Jahren gesunken – und diejenigen, die eingebürgert sind, gehen nach wie vor seltener zur Wahl als die im Inland Geborenen

- In der EU sind durchschnittlich knapp über die Hälfte der seit Langem ansässigen Zugewanderten (im Ausland Geborene mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens zehn Jahren) eingebürgert. In den klassischen Zuwanderungsländern sind es rd. 80 %. In zwei Dritteln der Länder ging der Anteil der eingebürgerten Zugewanderten von 2010 bis 2020 zurück – im EU-Durchschnitt um 9 Prozentpunkte.
- Migrant*innen, die in der gleichen Region geboren wurden, lassen sich seltener einbürgern. So nahmen nur 45 % der Zugewanderten aus Europa die Staatsangehörigkeit ihres Aufnahmelandes in der EU an und nur 52 % der in der Region Lateinamerika und Karibik (LAC) geborenen Migrant*innen besitzen die Staatsangehörigkeit der Vereinigten Staaten. Bei Zugewanderten aus Entwicklungsländern ist die Einbürgerungsquote in der Regel jedoch höher.
- Sowohl im OECD-Raum als auch in den EU-Ländern gingen bei den letzten Wahlen fast drei Viertel der eingebürgerten Zugewanderten wählen – bei den im Inland Geborenen waren es vier Fünftel. In den Niederlanden sowie in den deutsch- und englischsprachigen Ländern Europas wählen zugewanderte Frauen häufiger als die Männer, während bei den im Inland Geborenen das Gegenteil der Fall ist.

Im Inland Geborene stehen der Zuwanderung inzwischen positiver gegenüber

- Die Hälfte der im Inland Geborenen in der EU und Australien steht der Zuwanderung weder deutlich negativ noch deutlich positiv gegenüber. In den Vereinigten Staaten und Korea sprechen sich rd. 38 % bzw. 28 % der im Inland Geborenen für eine Begrenzung der Zuwanderung aus, um ihre Lebensweise zu schützen. 35 % bzw. 29 % der Bevölkerung vertreten hingegen den gegenteiligen Standpunkt. Bei spezifischeren Fragen zu den Auswirkungen der Migration auf die Kultur ihres Landes – und in geringerem Maße auch auf die Wirtschaft – fällt das Meinungsbild der im Inland geborenen Bevölkerung etwas positiver aus als bei sehr allgemeinen Fragen.
- In den meisten Ländern steht die im Inland geborene Bevölkerung der Zuwanderung inzwischen positiver gegenüber als noch vor zehn Jahren. Junge Menschen beurteilen die Zuwanderung dabei allgemein positiver als Ältere und sind häufiger mit Zugewanderten in Kontakt.
- Wer direkt mit Migrant*innen in Kontakt ist, hat in der Regel eine positivere Meinung zur Migration. In den südeuropäischen Ländern sowie in Irland und Dänemark treten die im Inland Geborenen trotz der relativ niedrigen Zahl der Nicht-EU-Migrant*innen häufig mit Personen aus dieser Gruppe in Kontakt, während eine solche Interaktion in den baltischen Ländern und Kroatien seltener stattfindet.

Zugewanderte sind seltener in Freiwilligenorganisationen tätig als im Inland Geborene

- In den meisten Ländern treten Zugewanderte seltener einer Freiwilligenorganisation bei als im Inland Geborene. In Schweden, der Schweiz und Deutschland liegt der Abstand bei über 15 Prozentpunkten. In Kanada, Italien, Spanien und der Tschechischen Republik sind die Beteiligungsquoten an ehrenamtlichen Tätigkeiten hingegen ähnlich.
- Gewerkschaften, politische Parteien und Freizeitgruppen haben besonders wenige im Ausland geborene Mitglieder. Glaubensgemeinschaften schließen sich Zugewanderte hingegen häufiger an.

Die wahrgenommene Diskriminierung ist zwar gestiegen, doch Zugewanderte vertrauen den Institutionen der Aufnahmeländer generell mehr als die im Inland Geborenen

- In der EU fühlen sich 15 % der im Ausland Geborenen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Nationalität oder Hautfarbe diskriminiert. In Italien, Frankreich, den Niederlanden, Korea und Kanada sind es sogar rd. 20 %, während in Mitteleuropa und Irland die niedrigsten Werte gemessen wurden. In der EU, Neuseeland und Kanada hat die wahrgenommene Diskriminierung im Zeitraum 2016–2020 gegenüber

2010–2014 zugenommen, vor allem bei den Frauen. In den Vereinigten Staaten und Australien nahm sie hingegen ab.

- Jüngere und neu zugewanderte Migrant*innen berichten häufiger von Diskriminierung und das Gleiche gilt für Männer in der EU und in den Vereinigten Staaten. Am stärksten diskriminiert fühlen sich in der EU und Kanada Zugewanderte aus Nord- und Subsahara-Afrika, während in Australien besonders in Lateinamerika und Asien Geborene von Diskriminierung berichten.
- Da die Erwartungen an die Institutionen der Herkunftsländer häufig niedriger sind, vertrauen Migrant*innen der Polizei und dem Rechtssystem in zwei Dritteln der Aufnahmeländer häufiger als die im Inland Geborenen. In der EU vertrauen die Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern den Institutionen ihrer Aufnahmeländer dabei mehr als die in der EU geborenen Zugewanderten. Das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung ist seit den frühen 2000er Jahren im EU-Durchschnitt gewachsen, bei den im Ausland Geborenen allgemein sogar stärker. Mit längerem Aufenthalt nimmt das Vertrauen in den Staat allerdings tendenziell wieder ab.

Über die Entwicklung der Integrationsergebnisse ist immer noch wenig bekannt und die öffentliche Meinung zur Integration ist je nach Land sehr unterschiedlich

- 2021 betrachteten EU-weit 47 % der EU-Bürger*innen die Integration der Nicht-EU-Migrant*innen in ihrem Land als erfolgreich. Das positivste Meinungsbild gibt es dabei in Irland und einigen mitteleuropäischen Ländern, das negativste in Schweden, Lettland und Frankreich. Die Integration auf lokaler Ebene wird stets positiver bewertet als die Integration auf nationaler Ebene: Rund drei Fünftel der EU-Bürger*innen betrachten sie in ihrer Stadt oder Region als gelungen.
- Die meisten EU-Staatsangehörigen haben ein verzerrtes Bild von den Merkmalen der zugewanderten Nicht-EU-Bevölkerung und dem Entwicklungsverlauf der Integrationsergebnisse der letzten zehn Jahre. Weniger als 43 % der Ansichten über die Entwicklung der Integrationsergebnisse entsprechen den Tatsachen – ganz gleich, um welchen Indikator es sich handelt. So wird in den meisten Ländern, insbesondere in Frankreich sowie in den mittel- und osteuropäischen Ländern, z. B. immer noch davon ausgegangen, dass nur wenige Zugewanderte aus Nicht-EU-Ländern hochqualifiziert sind – obwohl ihr Anteil in fast allen Ländern gestiegen ist.
- Verschiedene sozioökonomische Gruppen beurteilen die Frage, ob die Integration der Nicht-EU-Migrant*innen in ihrem Land erfolgreich war, sehr ähnlich. Weder das Geschlecht noch der Beschäftigungsstatus oder das Bildungsniveau wirken sich EU-weit merklich auf das Meinungsbild aus. Jüngere EU-Staatsangehörige, die EU-Bürger*innen in den Städten und diejenigen, die sich gut informiert fühlen und häufiger mit Nicht-EU-Migrant*innen in Kontakt sind, bewerten ihre Integration allgemein hingegen positiver.

Die europäischen Gesellschaften betrachten Sprachkenntnisse als Schlüsselfaktor für die soziale Integration und die Arbeitsuche als entscheidendes Hindernis. Die besonderen Bedürfnisse der Zugewanderten werden jedoch auch anerkannt.

- Aus der Sicht der EU-Bürger*innen ist die Arbeitsuche die größte Integrationshürde. Zwei Drittel der Befragten sind außerdem der Meinung, dass die begrenzten Integrationsbemühungen der Zugewanderten selbst sowie ihre Diskriminierung wesentliche Integrationshindernisse sind.
- Bei den sozialen Faktoren wird insgesamt am häufigsten angegeben, dass Kenntnisse einer Amtssprache des Aufnahmelandes für die Integration von Nicht-EU-Migrant*innen wichtig sind, gefolgt von der Einhaltung der Werte und Normen des Aufnahmelandes. Noch mehr Befragte nennen allerdings Faktoren, die nur indirekt mit der sozialen Integration zusammenhängen, wie etwa der Beitrag zum sozialen Sicherungssystem und ein ausreichendes Bildungs- und Kompetenzniveau.

5.1. Einbürgerung

Kontext des Indikators

Die Bedingungen für die Erteilung der Staatsangehörigkeit sind in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich geregelt. Viele Länder messen der Einbürgerung und der Staatsangehörigkeit inzwischen eine größere Bedeutung im Integrationsprozess bei.

Da die Option der Staatsangehörigkeit bei Geburt in der Regel nicht zur Verfügung steht, geht es beim Erwerb der Staatsangehörigkeit (oder Staatsbürgerschaft) hier um den Anteil der im Ausland Geborenen, die seit mindestens zehn Jahren im Aufnahmeland ansässig sind und dessen Staatsangehörigkeit besitzen. Die Mindestaufenthaltsdauer für den Erwerb der Staatsangehörigkeit beträgt in den OECD- und EU-Ländern in der Regel höchstens zehn Jahre. In Ländern mit einer hohen Anzahl von im Ausland geborenen Staatsangehörigen (z. B. Frankreich, Vereinigtes Königreich und Portugal) oder vielen im Ausland Geborenen, die bei Ankunft automatisch die Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes hatten oder erhielten, weil sie Teil des nationalen Erbes waren (z. B. in Kroatien, Deutschland, Ungarn und der Slowakischen Republik), sind die Anteile möglicherweise zu hoch angesetzt.

Der Anteil der seit Langem ansässigen Zugewanderten (mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als zehn Jahren), der eingebürgert ist, beträgt über 50 % in der EU und zwei Drittel in den Vereinigten Staaten. Die Anteile sind höher in: 1. europäischen Ländern, in denen die im Ausland geborene Bevölkerung zu einer nationalen Minderheit gehört, die automatisch oder über ein gestrafftes Verfahren Zugang zur Staatsangehörigkeit hat, und 2. klassischen Zuwanderungsländern sowie Schweden und Portugal, wo die Einbürgerungsverfahren einfacher sind. In Ländern, die die doppelte Staatsangehörigkeit nicht (oder erst seit Kurzem) zulassen, sind weitaus weniger Zugewanderte eingebürgert – das trifft vor allem auf Luxemburg sowie viele südeuropäische und baltische Länder zu. Zugewanderte Frauen besitzen EU- und OECD-weit im Vergleich zu den Männern häufiger die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes (der Unterschied liegt bei 3 bzw. 10 Prozentpunkten). Die höhere Quote bei den Frauen ist dabei teilweise durch die Eheschließung mit Staatsangehörigen der Aufnahmeländer zu erklären, die den Erwerb der Staatsangehörigkeit erleichtert.

In knapp zwei Dritteln der Länder ging der Anteil der seit Langem ansässigen Zugewanderten, die die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes besitzen, im Zeitraum 2010–2020 zurück – in der EU um 9 Prozentpunkte. Dies ist teilweise auf strengere Kriterien für die Verleihung der Staatsangehörigkeit zurückzuführen, insbesondere was Sprachkenntnisse betrifft, aber auch auf die veränderte Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung. So ist der Rückgang in Ländern wie der Tschechischen Republik etwa auch auf die Sterblichkeit der älteren im Ausland Geborenen zurückzuführen, die im Zuge der Staatsgründung automatisch eingebürgert wurden.

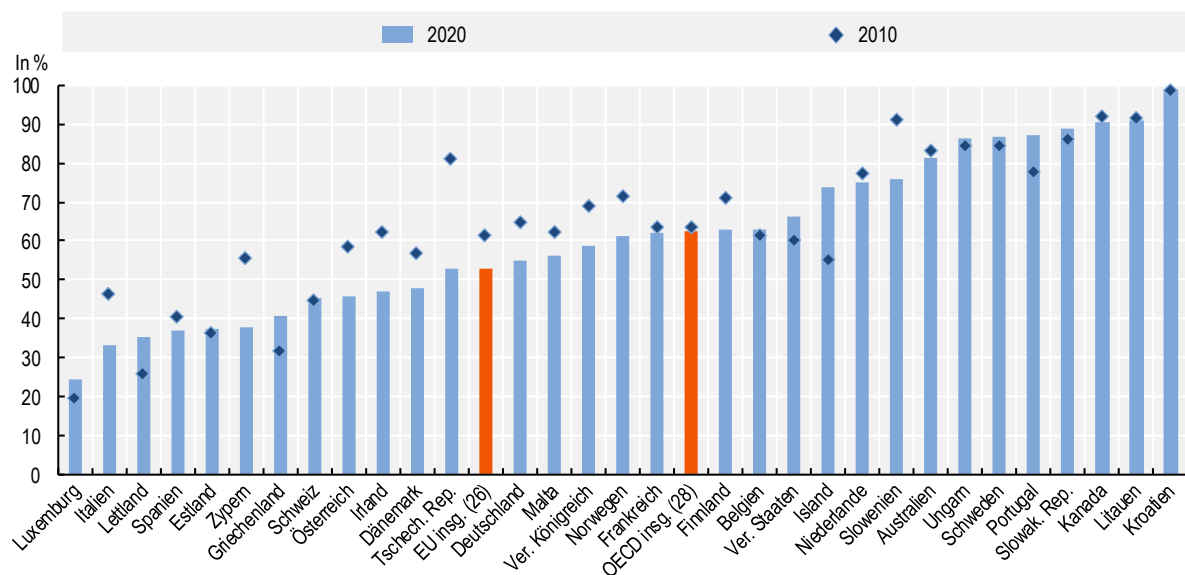
Zugewanderte, die in der Region ihres Aufnahmelandes geboren sind, haben seltener die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes. So besitzen z. B. nur 45 % der Zugewanderten aus Europa (siehe Glossar) in der EU die Staatsangehörigkeit ihres Aufnahmelandes, was auf die EU-Rechtsvorschriften zurückzuführen ist, in denen die Freizügigkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten verankert ist (Indikator 8.14). In den Vereinigten Staaten besitzen beispielsweise nur 52 % der in der Region LAC geborenen Ansässigen die US-amerikanische Staatsangehörigkeit, was teilweise mit dem großen Anteil der irregulären Migration aus dieser Region zusammenhängt. Im Ausland geborene Zugewanderte aus Entwicklungsländern lassen sich in der Regel häufiger einbürgern. In zwei Dritteln der Länder machen afrikanische oder asiatische Zugewanderte den Großteil der Eingebürgerten aus. Historische Verbindungen spielen beim Erwerb der Staatsangehörigkeit ebenfalls eine Rolle. Das zeigen nicht zuletzt die afrikanischen und brasilianischen Zugewanderten in Portugal und die in der Region LAC Geborenen in den Niederlanden.

Kernaussagen

- Etwas mehr als die Hälfte der seit Langem ansässigen Zugewanderten in der EU ist eingebürgert. In den nichteuropäischen Ländern, insbesondere in den klassischen Zuwanderungsländern, sind die Anteile noch höher.
- In knapp zwei Dritteln der Länder ging der Anteil der seit Langem ansässigen Zugewanderten, die die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes besitzen, im Zeitraum 2010–2020 zurück – in der EU um 9 Prozentpunkte.
- Zugewanderte, die in der gleichen Region des Aufnahmelandes geboren sind, lassen sich seltener einbürgern, während Zugewanderte aus Entwicklungsländern dies häufiger tun.

Abbildung 5.1. Einbürgerung

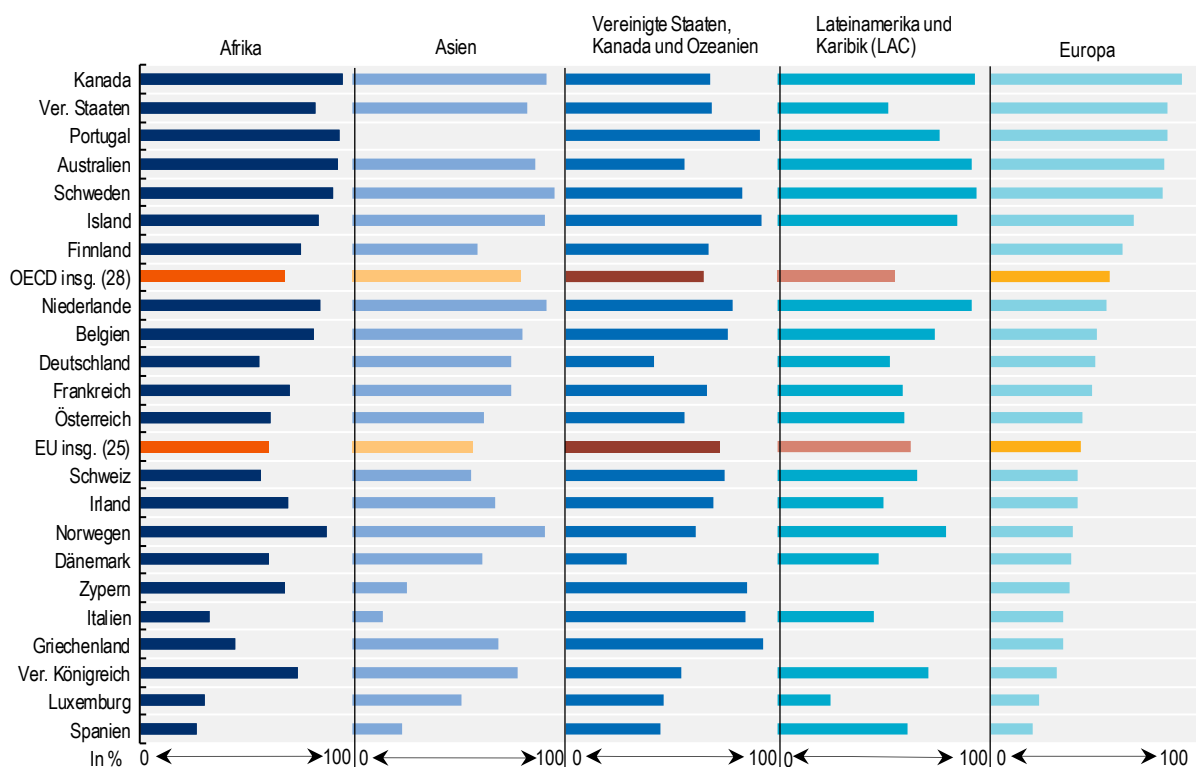
Seit Langem ansässige Zugewanderte ab 15 Jahren, die eingebürgert sind, 2010 und 2020



StatLink <https://stat.link/2mzp8d>

Abbildung 5.2. Einbürgerung nach Geburtsregion

Seit Langem ansässige Zugewanderte ab 15 Jahren, die eingebürgert sind, 2020



StatLink <https://stat.link/h69x43>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.2. Wahlbeteiligung

Kontext des Indikators

Die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Zugewanderten zeigt, dass sie in der Gesellschaft des Aufnahmelandes mitbestimmen und mitwirken möchten, indem sie sich an der Wahl der Regierung beteiligen.

Die Wahlbeteiligung bezieht sich auf den Anteil der Wahlberechtigten (mit Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes), die eigenen Angaben zufolge an den letzten nationalen Parlamentswahlen in ihrem Aufenthaltsland teilgenommen haben.

Durchschnittlich 73 % der Zugewanderten im OECD- und EU-Raum, die die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes besitzen, geben an, an den jüngsten landesweiten Wahlen ihres Aufnahmelandes teilgenommen zu haben. Damit ist ihre Wahlbeteiligung geringer als die der im Inland Geborenen (80 %). In Israel, den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern, in Dänemark und langjährigen Zielländern wie Frankreich und Kanada unterscheidet sich die Wahlbeteiligung der im Inland Geborenen nur leicht von der Beteiligung der eingebürgerten im Ausland Geborenen. In rund der Hälfte aller Länder wählen Frauen häufiger als die Männer – sowohl bei den im Inland wie auch bei den im Ausland Geborenen. In den Niederlanden, Österreich, Deutschland, der Schweiz und im Vereinigten Königreich ist die Wahlbeteiligung allerdings höher bei den zugewanderten Frauen und den im Inland geborenen Männern.

In etwas mehr als drei von fünf Ländern ist die Wahlbeteiligung der im Inland Geborenen im Vergleich zum ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre gestiegen. Bei den im Ausland Geborenen war dies jedoch nur in der Hälfte der Länder der Fall. In den meisten Ländern, vor allem in Spanien und Dänemark, war der Anstieg jedoch bei den Zugewanderten stärker als bei den im Inland Geborenen. Dadurch hat sich die Wahlbeteiligungslücke zwischen den im Inland und den im Ausland Geborenen in mehr als der Hälfte der Länder verkleinert. Im Gegensatz dazu ist die Wahlbeteiligung der im Inland Geborenen z. B. in der Schweiz, im Vereinigten Königreich und in der Tschechischen Republik gestiegen, während sie bei den im Ausland Geborenen zurückging, wodurch sich der Abstand vergrößerte.

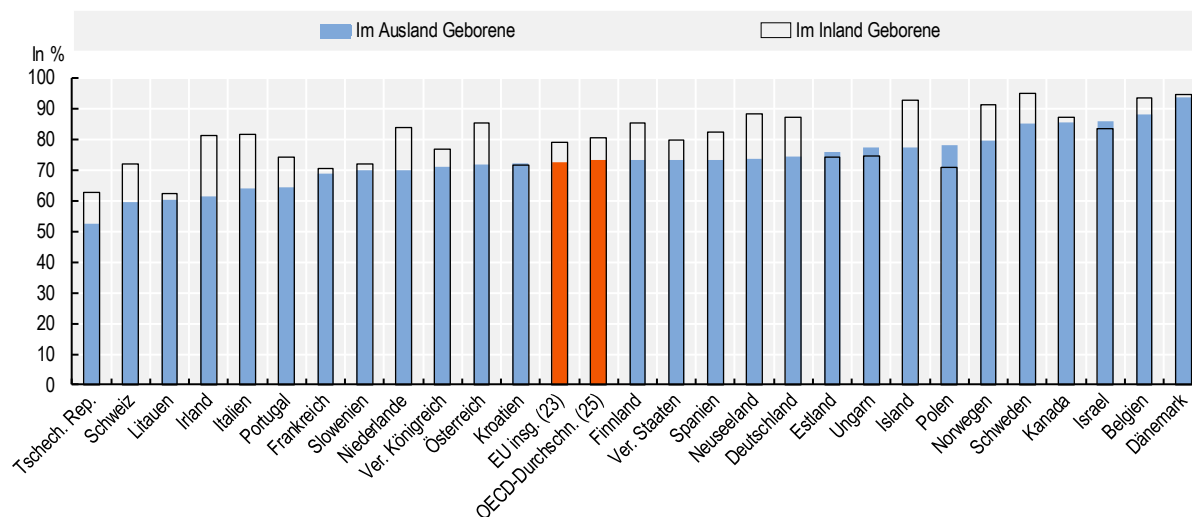
Bei den im Inland Geborenen steigt die Wahlbeteiligung häufig mit dem Alter und dem Bildungsniveau. Diese Faktoren beeinflussen die EU-weiten Unterschiede zwischen den im Inland und den im Ausland Geborenen jedoch nicht: Die Beteiligungslücken zwischen den im Inland und den im Ausland Geborenen bleiben unabhängig vom Bildungsniveau bestehen. Es gibt jedoch auch Ausnahmen. In Belgien (wo es eine Wahlpflicht gibt), dem Vereinigten Königreich, Estland, Israel und den Vereinigten Staaten wählen geringqualifizierte Zugewanderte beispielsweise häufiger als im Inland geborene Geringqualifizierte, während bei den Hochqualifizierten das Gegenteil der Fall ist. Dass es in Frankreich und Slowenien scheinbar keine Beteiligungslücke zwischen den im Ausland und den im Inland Geborenen gibt, ist auf die höhere Wahlbeteiligung der hochqualifizierten Zugewanderten zurückzuführen. Wie die Einbürgerung (eine Voraussetzung für die Wahlberechtigung bei landesweiten Wahlen), braucht auch das Interesse an der Politik des Aufnahmelandes seine Zeit. Ein wichtiger Faktor bei der Wahlbeteiligung sind daher die seit Langem ansässigen Zugewanderten – d. h. diejenigen, die seit mehr als zehn Jahren im Aufnahmeland leben. Bei den Zugewanderten, die bereits Staatsangehörige des Aufnahmelandes sind, aber seit weniger als zehn Jahren im Aufnahmeland leben, fällt die Wahlbeteiligung EU- und OECD-weit um mehr als 20 Prozentpunkte niedriger aus. Bei den seit Langem ansässigen Zugewanderten liegt sie immer noch rd. 4 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung der im Inland Geborenen.

Kernaussagen

- In den OECD- und in den EU-Ländern gingen bei der letzten nationalen Wahl 73 % der eingebürgerten Zugewanderten wählen – bei den im Inland Geborenen waren es rd. 80 %. In den Niederlanden, Österreich, Deutschland, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich wählen zugewanderte Frauen häufiger als die Männer, wohingegen es bei den im Inland Geborenen umgekehrt ist.
- Die Wahlbeteiligungslücke zwischen den im Ausland und den im Inland Geborenen zieht sich durch alle Bildungsniveaus. In Ländern wie Belgien, dem Vereinigten Königreich, Estland, Israel und den Vereinigten Staaten wählen geringqualifizierte Zugewanderte allerdings häufiger als im Inland geborene Geringqualifizierte. Dasselbe gilt für die hochqualifizierten Zugewanderten in Frankreich und Slowenien.

Abbildung 5.3. Wahlbeteiligung (letzte Wahlen, Eigenangaben)

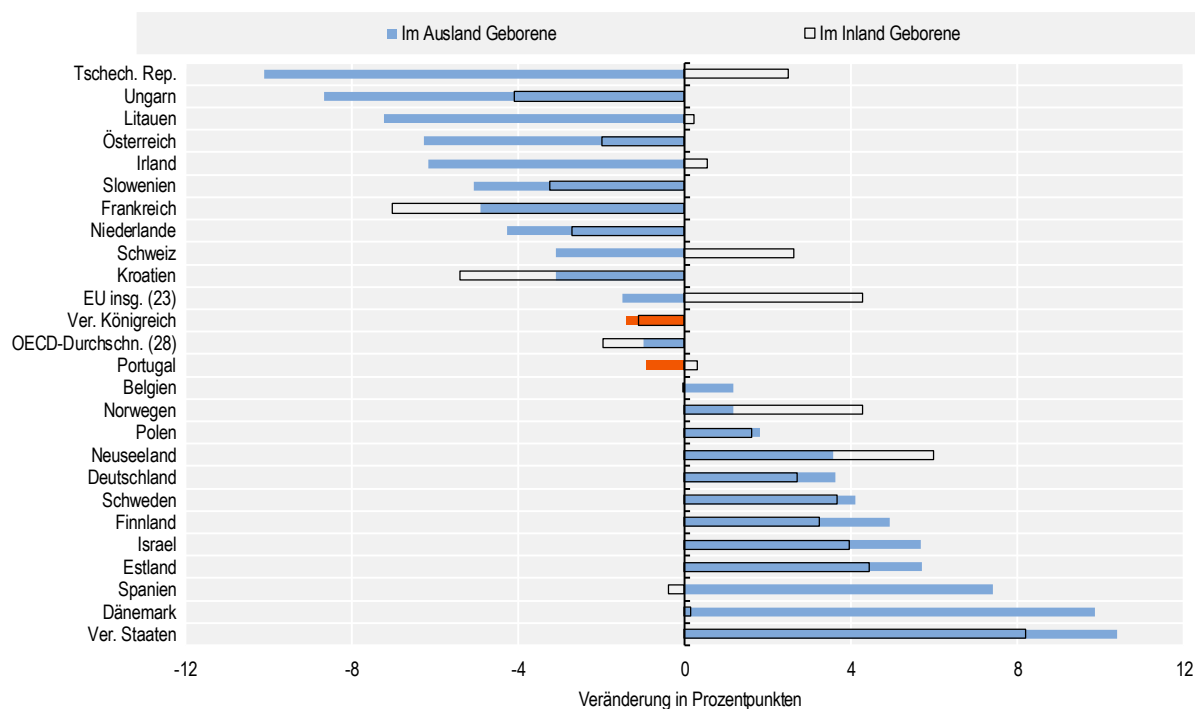
Personen ab 18 Jahren mit Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes, 2012–2020



StatLink <https://stat.link/mhk7of>

Abbildung 5.4. Entwicklung der Wahlbeteiligung (letzte Wahlen, Eigenangaben)

Personen ab 18 Jahren mit Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes, 2002–2010 und 2012–2020



StatLink <https://stat.link/thdagl>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.3. Einstellung der Gesellschaft des Aufnahmelandes zur Migration

Kontext des Indikators

Die Haltung der Gesellschaft des Aufnahmelandes zur Zuwanderungsbevölkerung ist von wesentlicher Bedeutung, denn eine positive Einstellung fördert die Integration.

Dieser Indikator spiegelt für EU-Länder die durchschnittliche Antwort (auf einer Skala von 0 bis 10) auf die folgende Frage wider: „Wird [dieses Land] durch Zugewanderte zu einem besseren oder schlechterem Ort zum Leben?“. Für Australien, Korea und die Vereinigten Staaten sind ähnliche Fragen enthalten.

Die Hälfte der im Inland Geborenen in der EU hatte 2020 keine feste Meinung dazu, ob „Zugewanderte ihr Land zu einem besseren oder schlechteren Ort zum Leben“ machen. Ein Viertel hatte eine positive Meinung dazu, ein Viertel eine negative. Die Befragten in den nordischen Ländern und Irland waren am positivsten eingestellt, im Gegensatz zu Italien und Mitteleuropa (außer Polen und Slowenien). Die Meinungen zur Migration in den Vereinigten Staaten und Korea waren allgemein ausgewogen, wobei sie in den Vereinigten Staaten etwas weiter auseinandergingen: 2021 sprachen sich hier 38 % (bzw. 28 % in Korea) der im Inland geborenen Personen ab 18 Jahren dafür aus, die Zuwanderung zum Schutz ihrer Lebensweise zu begrenzen, während 35 % (Korea: 29 %) der Befragten den gegenteiligen Standpunkt vertraten. Analog dazu forderten 35 % der im Inland Geborenen in den Vereinigten Staaten weniger Zuwanderung, während sich 24 % für mehr Zuwanderung aussprachen. In Australien waren 2021 35 % der im Inland Geborenen ebenso der Meinung, es gebe zu viel Zuwanderung, wohingegen nur 16 % der Ansicht waren, dass es mehr Zuwanderung geben sollte. In den lateinamerikanischen Ländern ist das Meinungsbild weniger positiv: Hier gibt die Hälfte der Befragten an, dass ihnen die Zuwanderung schadet – in Kolumbien sogar bis zu 80 %.

In den meisten Ländern hat sich die Einstellung der im Inland Geborenen zur Zuwanderung in den 2010er Jahren verbessert – parallel zur Erholung vom Konjunktureinbruch von 2007/2008. In Italien, Schweden und Mitteleuropa haben sich die negativen Einstellungen hingegen weiter verschärft. Es ist noch zu früh, die Auswirkungen der Pandemie auf das europäische Meinungsbild zur Zuwanderung zu bewerten, da die Erhebung in vielen europäischen Ländern vor der Pandemie durchgeführt wurde. In Australien dagegen ist es möglich, weil dort die Zuwanderung (außer in kritischen Sektoren) stark eingeschränkt wurde. Der Anteil der im Inland Geborenen, die der Meinung sind, dass es zu viele Zugewanderte gibt, ist im Zeitraum 2018–2021 um 14 Prozentpunkte gesunken – auf das niedrigste Niveau seit 2011.

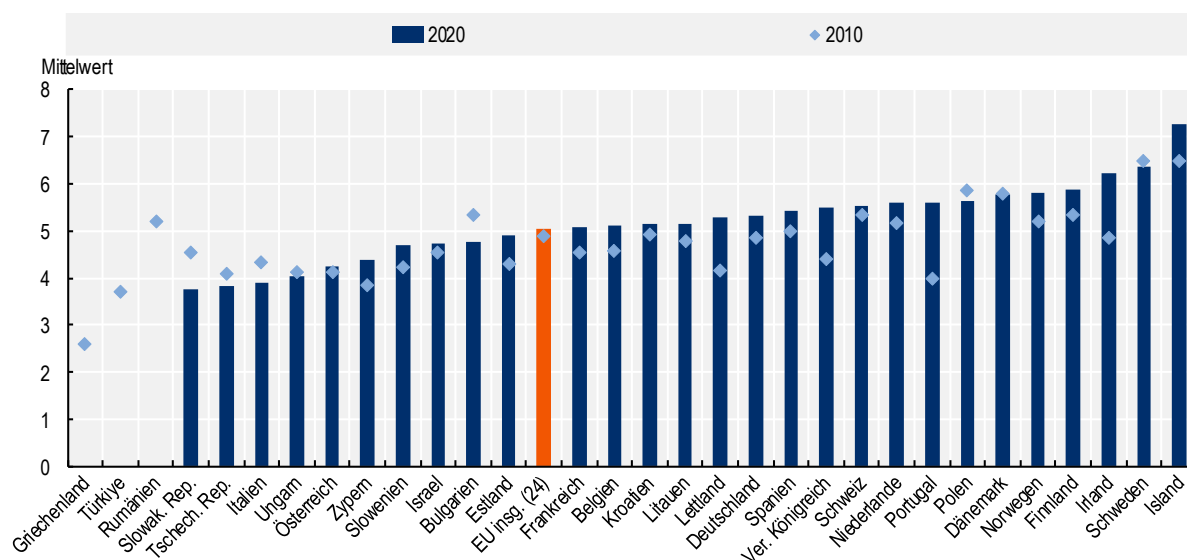
Auf spezifische Fragen zur Auswirkung der Zuwanderung auf ihr Land reagieren die im Inland geborenen positiver. Sie antworten mit größerer Wahrscheinlichkeit, dass die Zuwanderung die Kultur des Aufnahmelandes bereichert – vor allem in den nordischen Ländern und den langjährigen Zielländern. Auch bei den wirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung haben sich die Meinungen in den meisten Ländern verbessert, wenn auch in geringerem Umfang. In Portugal, Deutschland, der Schweiz, Costa Rica und den nordischen Ländern sind die Einstellungen am positivsten – mindestens 40 % der Befragten haben eine positive Einstellung. In Australien sind die Meinungen noch positiver: Hier unterstützen 83 % der Befragten die Aussage, dass sich Zugewanderte im Allgemeinen positiv auf die Wirtschaft auswirken. In Kolumbien und Korea sind hingegen nur ein Fünftel bzw. ein Viertel der Befragten der Ansicht, dass sich die Zuwanderung positiv auf die (konjunkturelle) Entwicklung ihres Landes auswirkt.

Kernaussagen

- Die Hälfte der im Inland Geborenen in der EU und Australien steht der Zuwanderung weder deutlich negativ noch deutlich positiv gegenüber. In den Vereinigten Staaten ist die Meinung gespalten, wobei die positiven und die negativen Einstellungen zur Begrenzung der Zuwanderung gleichmäßig verteilt sind und nur wenige im Inland Geborene eine neutrale Meinung dazu vertreten. In den lateinamerikanischen Ländern ist die Hälfte der Befragten negativ zur Migration eingestellt.
- In den meisten Ländern stehen im Inland Geborene der Zuwanderung inzwischen positiver gegenüber als noch vor zehn Jahren. Jüngere haben dabei fast überall eine positivere Meinung als Ältere.
- Was den Einfluss der Zugewanderten auf die Kultur – und in geringerem Maße auf die Wirtschaft – des Aufnahmelandes betrifft, fällt das Urteil der im Inland Geborenen tendenziell etwas positiver aus.

Abbildung 5.5. Wahrnehmung der Zuwanderung im Aufnahmeland

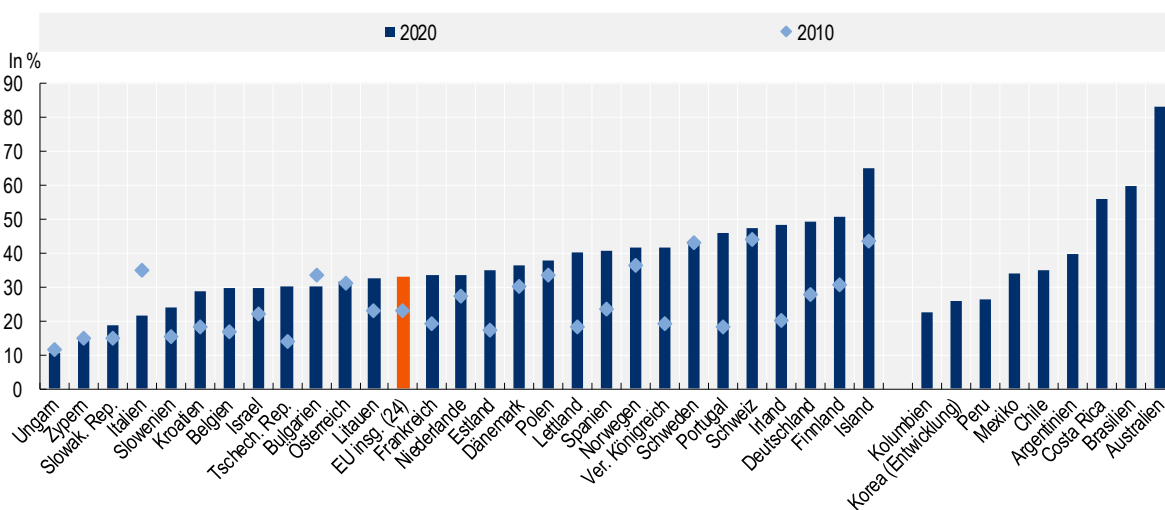
Im Inland geborene Personen ab 15 Jahren, Mittelwerte auf einer Skala von 0 bis 10 bei der Frage: „Wird [Land] durch Zuwanderer zu einem besseren oder schlechteren Ort zum Leben?“, 2010 und 2020



StatLink  <https://stat.link/nrue4h>

Abbildung 5.6. Wahrnehmung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung im Aufnahmeland

Im Inland geborene Personen ab 15 Jahren, mit einem Ergebnis von 7 bis 10 – auf einer Skala von 0 (schlecht) bis 10 (gut) – bei der Frage: „Was würden Sie sagen, ist es im Allgemeinen gut oder schlecht für die Wirtschaft von [Land], dass Zugewanderte hierherkommen?“, 2010 und 2020



StatLink  <https://stat.link/yrsd83>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.4. Kontakte zu Zugewanderten

Kontext des Indikators

Kontakte zwischen den im Inland und den im Ausland Geborenen können Vorurteile abbauen und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Mit diesem Indikator wird erfasst, welcher Anteil der EU-Bürger*innen mindestens einmal in der Woche Kontakt mit nicht in der EU Geborenen hat. Ein „Kontakt“ kann dabei ein Gespräch von wenigen Minuten bis hin zu einer gemeinsamen Unternehmung sein.

2021 gaben zwei Fünftel der im Inland geborenen EU-Staatsangehörigen an, mindestens einmal in der Woche in Kontakt mit Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern zu sein. Bei einer Hälfte von ihnen ist dies täglich der Fall, bei der anderen wöchentlich. Darüber hinaus hat ein Fünftel der Befragten einmal im Monat Kontakt mit Zugewanderten, ein Zehntel einmal im Jahr. Durch die Coronapandemie wurden die Kontakte möglicherweise unterbrochen. Da der Kontakt mit den zugewanderten Nicht-EU-Staatsangehörigen mit der Größe dieser Gruppe im Aufnahmeland korreliert, treten die im Inland Geborenen in Mittel- und Osteuropa, wo die Zuwanderungsbevölkerung relativ klein ist, nur selten in Kontakt mit Nicht-EU-Migrant*innen. Im Gegensatz dazu ist der Kontakt zwischen den im Inland und den im Ausland Geborenen in den Ländern, in denen viele Nicht-EU-Migrant*innen leben, am intensivsten: In den meisten nordischen, südeuropäischen und langjährigen Zielländern liegt der Anteil bei den im Inland Geborenen bei über 40 %. Im Vergleich zur relativen Größe der zugewanderten Nicht-EU-Bevölkerung gibt es in Südeuropa, Irland und Dänemark mehr soziale Kontakte als erwartet. Umgekehrt gibt es den Angaben zufolge in den baltischen Ländern und in Kroatien nur wenige soziale Kontakte, obwohl die außerhalb der EU geborene Bevölkerung dort viel größer ist.

Wie häufig die im Inland und die im Ausland Geborenen miteinander in Kontakt treten, hängt von mehreren sozio-demografischen Faktoren ab. In der EU sind Jüngere, Männer, höher Qualifizierte und Erwerbstätige z. B. häufiger in Kontakt mit Nicht-EU-Migrant*innen als die restliche Bevölkerung. Der Anteil der EU-Staatsangehörigen unter 25 Jahren, die jede Woche mit Nicht-EU-Migrant*innen in Kontakt sind, liegt bei 53 % – das sind 22 Prozentpunkte mehr als bei den EU-Staatsangehörigen ab 55 Jahren. Die Größe des Wohnorts spielt bei der Kontakthäufigkeit ebenfalls eine Rolle: In Großstädten, wo überproportional viele Zugewanderte leben, hat fast die Hälfte der Befragten Kontakt zu Zugewanderten, im ländlichen Raum (wo die Zugewanderten unterrepräsentiert sind) hingegen nicht einmal ein Drittel.

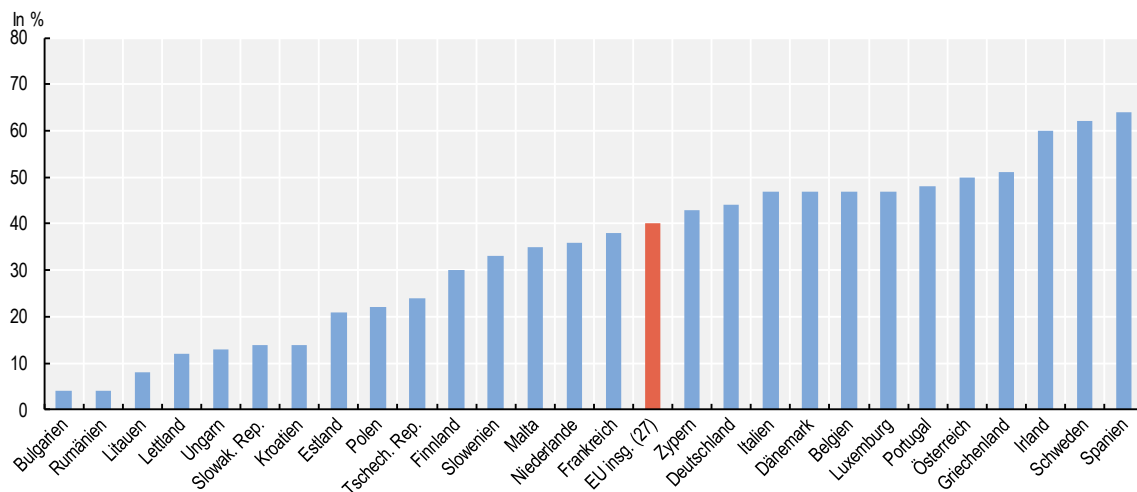
EU-Bürger*innen, die selbst in einem anderen Land geboren wurden, stehen häufiger in Kontakt mit Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern als die im Aufnahmeland Geborenen. Während nur 38 % der im Inland Geborenen wöchentlich Kontakt mit Nicht-EU-Migrant*innen hat, sind es bei den im Ausland geborenen EU-Staatsangehörigen 54 %. Darüber hinaus haben im Inland Geborene mit mindestens einem im Ausland geborenen Eltern- oder Großelternanteil deutlich häufiger wöchentlich Kontakt zu diesen Zugewanderten als andere im Inland Geborene: Bei denjenigen mit Eltern oder Großeltern aus der EU sind es rd. 45 %, bei denjenigen mit Wurzeln außerhalb der EU rd. 55 %. Wer häufig Kontakt zu Nicht-EU-Migrant*innen hat, steht der Zuwanderung und Integration generell positiver gegenüber. So bewerten diejenigen, die wöchentlich im Austausch mit Nicht-EU-Migrant*innen sind, deren Integration häufiger als erfolgreich (Indikator 5.8) und fühlen sich besser über Zuwanderung und Integration informiert. EU-Bürger*innen, die seltener als einmal in der Woche in Kontakt mit nicht in der EU geborenen Zugewanderten sind, sehen Zuwanderung mit einer um ein Drittel geringeren Wahrscheinlichkeit als Chance.

Kernaussagen

- Wie häufig ein Kontakt zu Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern stattfindet, hängt unter anderem von der Größe der Nicht-EU-Bevölkerung ab. In Südeuropa, Irland und Dänemark haben EU-Staatsangehörige häufiger Kontakt zu Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern als erwartet. In den baltischen Ländern und Kroatien finden hingegen seltener Kontakte statt.
- Die jüngere und die städtische Bevölkerung tritt häufiger in Kontakt mit Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern.
- Der häufige Kontakt zu Nicht-EU-Zugewanderten geht in der Regel auch mit positiveren Einstellungen zur Zuwanderung und Integration einher.

Abbildung 5.7. Soziale Kontakte zu Zugewanderten in der EU

Personen ab 15 Jahren, die mindestens einmal in der Woche Kontakt zu Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern haben, 2021



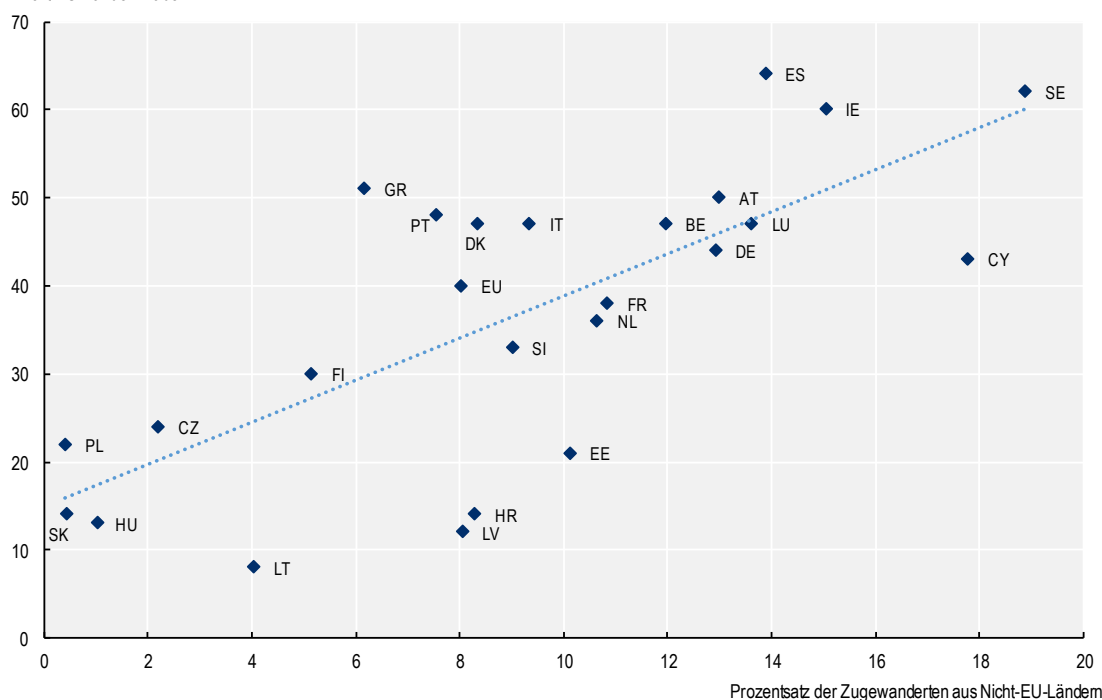
StatLink <https://stat.link/68ktq0>

Abbildung 5.8. Soziale Kontakte zu Zugewanderten in der EU nach der relativen Größe der zugewanderten Nicht-EU-Bevölkerung

y-Achse: Außerhalb der EU geborene 15- bis 64-Jährige in Prozent der Gesamtbevölkerung, 2020

x-Achse: Personen ab 15 Jahren, die mindestens einmal in der Woche Kontakt zu Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern haben, 2021

Prozentsatz der Personen ab 15 Jahren, die mindestens einmal in der Woche Kontakt zu Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern haben



StatLink <https://stat.link/d1rfwk>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.5. Teilnahme an Freiwilligenorganisationen

Kontext des Indikators

Ehrenamtliches Engagement hilft Zugewanderten dabei, soziale Kontakte zur Aufnahmegesellschaft aufzubauen, ihre Kenntnisse der Landessprache zu vertiefen und berufliche Kompetenzen zu erwerben.

Dieser Indikator bezieht sich auf den Anteil der Personen ab 15 Jahren, die angaben, Mitglied einer Freiwilligenorganisation zu sein (z. B. Sport, Freizeit, Religion, Kunst und Kultur sowie Gewerkschaften und karitative Einrichtungen).

In rund zwei von drei Ländern treten Zugewanderte seltener einer Freiwilligenorganisation bei als im Inland Geborene. In Estland, den meisten langjährigen europäischen Zielländern, den Vereinigten Staaten und den nordischen Ländern sind die Unterschiede dabei am größten. In Schweden, der Schweiz und Deutschland liegt der Abstand bei über 15 Prozentpunkten. Und mit Ausnahme der Beteiligung an Glaubensorganisationen ergibt sich ein ähnliches Bild. In Kanada, Italien, Spanien und der Tschechischen Republik gibt es hingegen kaum bis gar keine Unterschiede beim ehrenamtlichen Engagement zwischen den im Ausland und den im Inland Geborenen.

In den meisten europäischen Ländern ist die Zahl der Zugewanderten, die Mitglied in einer Freiwilligenorganisation sind, in den letzten zehn Jahren gestiegen. Am schnellsten wuchsen die Zahlen dabei in Deutschland, Zypern und Slowenien, wodurch sich der Abstand zwischen den im Ausland und den im Inland Geborenen in Slowenien verkleinerte. Das Gegenteil ist beispielsweise in den nordischen Ländern zu beobachten: Außer in Schweden engagieren sich die im Ausland Geborenen hier inzwischen seltener ehrenamtlich als noch vor zehn Jahren. Am stärksten sanken die Mitgliederzahlen der im Ausland Geborenen in Estland, den Niederlanden und Island – um mindestens 11 Prozentpunkte.

Die Zugewanderten in den OECD-Ländern treten häufiger religiösen Gruppen bei als die im Inland Geborenen (27 % vs. 21 %). An karitativen Einrichtungen, Bildungs- und Verbraucherschutzvereinen beteiligen sich die im Ausland Geborenen hingegen genauso häufig wie die im Inland Geborenen. Mit der Ausnahme von Südeuropa und Kanada sind Zugewanderte in Sport- und Freizeitvereinen jedoch weniger vertreten. In den nordischen Ländern und den langjährigen westeuropäischen Zielländern (außer Belgien) besteht bei den Mitgliedschaftsquoten eine Lücke von 8 Prozentpunkten. Dasselbe gilt für die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und politischen Parteien, auch wenn die Unterschiede hier kleiner ausfallen. Die geringere Bereitschaft der Zugewanderten, sich ehrenamtlich zu engagieren, hat möglicherweise sprachliche, kulturelle und sozioökonomische Gründe. In der Gruppe der Geringqualifizierten, wo Zugewanderte überproportional stark vertreten sind, ist das ehrenamtliche Engagement generell geringer. Geringqualifizierte Zugewanderte engagieren sich in der EU jedoch häufiger ehrenamtlich als die im Inland Geborenen, während bei den Hochqualifizierten das Gegenteil der Fall ist. Zugewanderte aus anderen EU-Staaten engagieren sich dabei fast immer häufiger ehrenamtlich als Zugewanderte aus Drittländern – EU-weit sind es 64 % vs. 53 %.

Kernaussagen

- In zwei Dritteln der Länder treten Zugewanderte seltener einer Freiwilligenorganisation bei als im Inland Geborene.
- Die Mitgliedschaftsraten der im Ausland Geborenen sind in den meisten Ländern gestiegen, aber z. B. in den nordischen Ländern (außer Schweden) und den Niederlanden gesunken.
- Gewerkschaften, politische Parteien und Freizeitgruppen haben besonders wenige im Ausland geborene Mitglieder. Einer Glaubensgemeinschaft schließen sich Zugewanderte hingegen häufiger an.

Abbildung 5.9. Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen

Personen ab 15 Jahren, 2017–2021

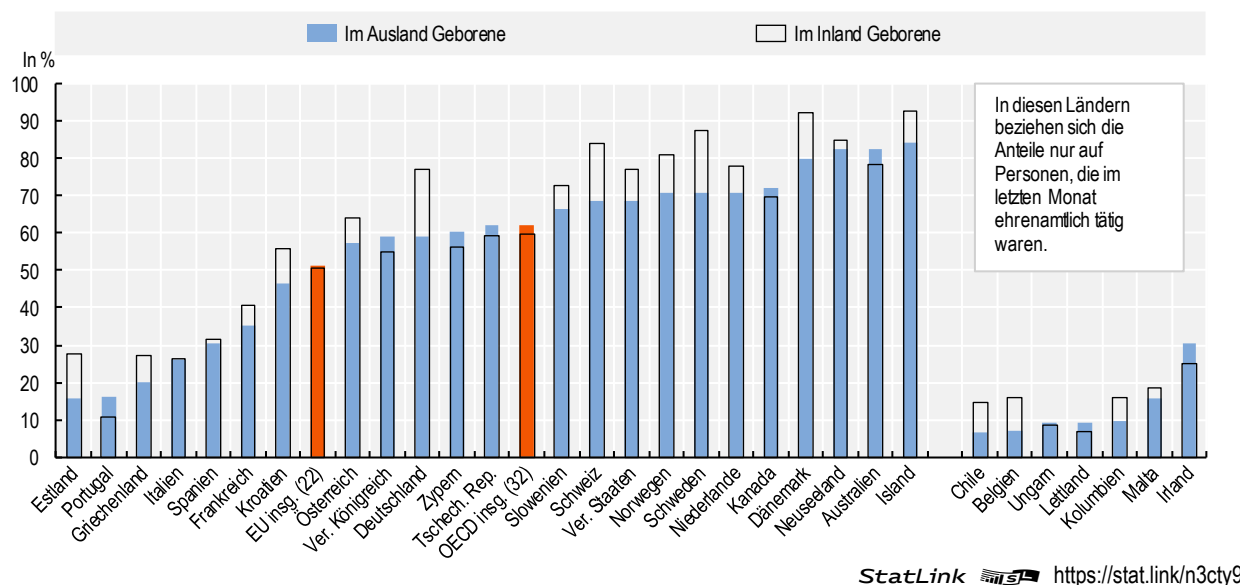
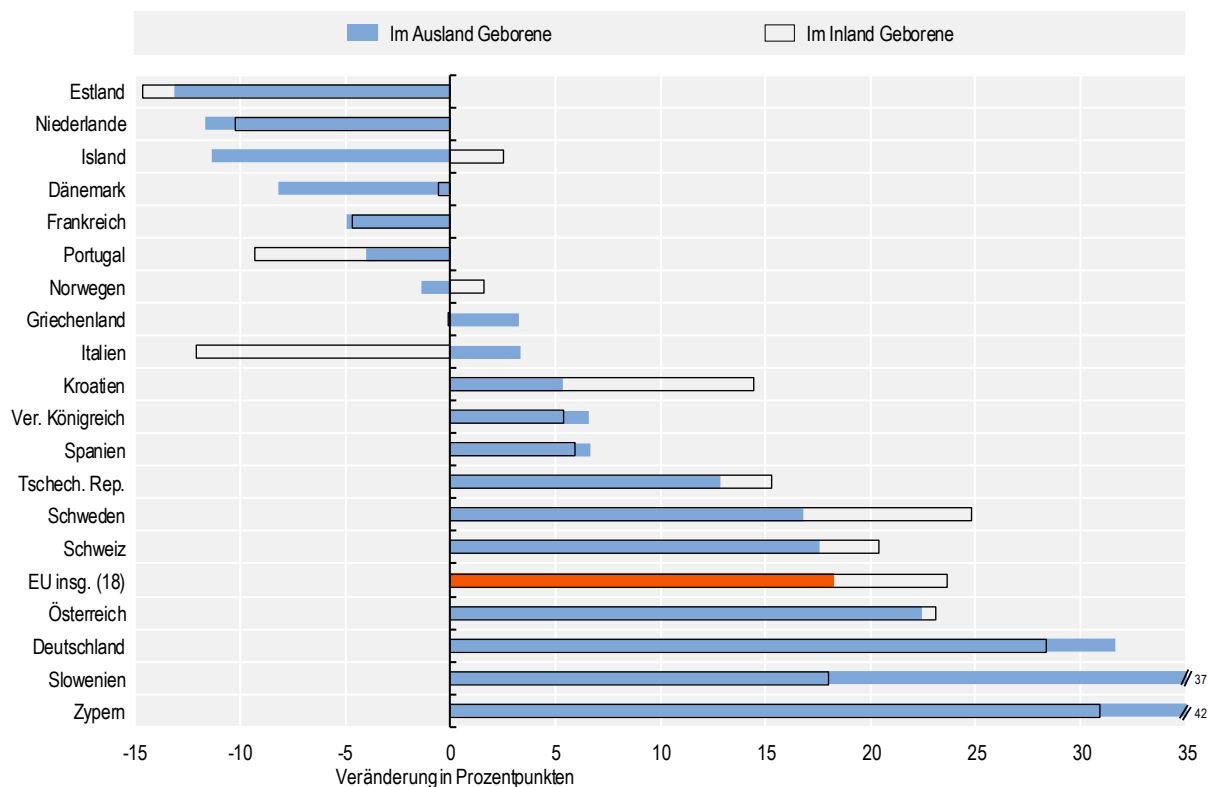


Abbildung 5.10. Entwicklung der Teilnahme in Freiwilligenorganisationen

Personen ab 15 Jahren, 2008/2009 und 2017–2020



Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.6. Wahrgenommene Diskriminierung

Kontext des Indikators

Auch wenn die wahrgenommene Diskriminierung nicht unbedingt der tatsächlichen Diskriminierung entspricht, ist sie doch ein wichtiger Gradmesser für die empfundene Gleichbehandlung – und damit für den sozialen Zusammenhalt.

In Bezug auf die europäischen Länder bildet der Indikator den Anteil der Zugewanderten ab, die sich einer Gruppe zugehörig fühlen, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Nationalität oder Hautfarbe diskriminiert wird. In Australien, Korea und Neuseeland beruht der Indikator auf persönlichen Erfahrungen. In den Vereinigten Staaten bezieht sich der Indikator nur auf die wahrgenommene Diskriminierung am Arbeitsplatz, in Kanada auf Diskriminierungserfahrungen während der Coronapandemie.

EU-weit fühlen sich 15 % der Zugewanderten einer Gruppe zugehörig, die von Diskriminierung betroffen ist. In über der Hälfte der Länder sind es über 10 %. Am häufigsten berichten im Ausland Geborene in Italien (21 %) und in den langjährigen Zielländern vieler Nicht-EU-Migrant*innen (außer in Deutschland) von Diskriminierungserfahrungen, z. B. in Frankreich (20 %) und den Niederlanden (19%). In den mittel- und osteuropäischen Ländern ist die wahrgenommene Diskriminierung tendenziell hingegen weniger stark ausgeprägt (außer in Estland). In Kombination mit dem Eurobarometer 2021 betrachtet, lässt sich feststellen, dass die Länder, in denen die wahrgenommene Diskriminierung am häufigsten ist, auch diejenigen sind, in denen die EU-Bürger*innen am häufigsten der Meinung sind, dass die Diskriminierung ein Integrationshindernis darstellt. In Österreich, Estland und der Tschechischen Republik wird die Diskriminierung von im Ausland Geborenen hingegen seltener als ein Problem wahrgenommen, während es in Schweden ein sehr starkes Problembewusstsein gibt. Außerhalb von Europa sind persönliche Diskriminierungserfahrungen eigenen Angaben zufolge in Korea (20 %) und Kanada (19% seit Pandemiebeginn) am häufigsten. Die Diskriminierung am Arbeitsplatz (die in keinem anderen Land gemessen wird) ist in den Vereinigten Staaten generell niedriger (11 %).

Der Anteil der Zugewanderten, der sich einer diskriminierten Gruppe zugehörig fühlt, ist im Zeitraum 2016–2020 gegenüber 2010–2014 EU-weit um 2 Prozentpunkte gestiegen, und das hauptsächlich bei den Frauen. Zugewanderte aus Afrika berichten dabei nicht nur am häufigsten von Diskriminierung, sondern tun dies inzwischen auch weitaus häufiger als noch vor fünf Jahren: Die Diskriminierung hat um 5 Prozentpunkte zugenommen. Außerhalb von Europa sind die Werte in den Vereinigten Staaten und Australien leicht gefallen, in Kanada und Neuseeland aber vor allem bei den Frauen gestiegen.

Mit steigendem Alter und längerer Aufenthaltsdauer nimmt die wahrgenommene Diskriminierung tendenziell ab. In Europa fühlen sich Zugewanderte aus Nicht-EU-Ländern im Vergleich zu den in der EU Geborenen etwas mehr als doppelt so häufig einer Gruppe zugehörig, die von Diskriminierung betroffen ist (9 % vs. 19 %). In der EU und Kanada berichten vor allem Zugewanderte aus Nord- und Subsahara-Afrika von einer starken Diskriminierung, während sich in Australien besonders Zugewanderte aus Lateinamerika und Asien diskriminiert fühlen. Im Ausland Geborene, die die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes besitzen, über ein hohes Bildungsniveau verfügen und erwerbstätig sind, berichten seltener von Diskriminierungserfahrungen. Zugewanderte Frauen fühlen sich in der EU und den Vereinigten Staaten seltener diskriminiert, in Kanada und Neuseeland allerdings häufiger.

Kernaussagen

- In der EU fühlen sich 15 % der im Ausland Geborenen diskriminiert. Am stärksten ist die wahrgenommene Diskriminierung in Italien, Frankreich, den Niederlanden, Korea und Kanada, während sie in Mitteleuropa und Irland am schwächsten ausfällt.
- Jüngere und neu zugewanderte Migrant*innen berichten häufiger von Diskriminierung. Das Gleiche gilt für Männer (im Gegensatz zu Frauen) in der EU und den Vereinigten Staaten.
- In der EU, Neuseeland und Kanada hat die wahrgenommene Diskriminierung im Zeitraum 2016–2020 gegenüber 2010–2014 zugenommen, vor allem bei Frauen und Zugewanderten aus Afrika. In Australien und den Vereinigten Staaten ist das Gegenteil der Fall.

Abbildung 5.11. Wahrgenommene Diskriminierung nach Aufenthaltsdauer (Eigenangaben)

15- bis 64-Jährige, 2012–2020

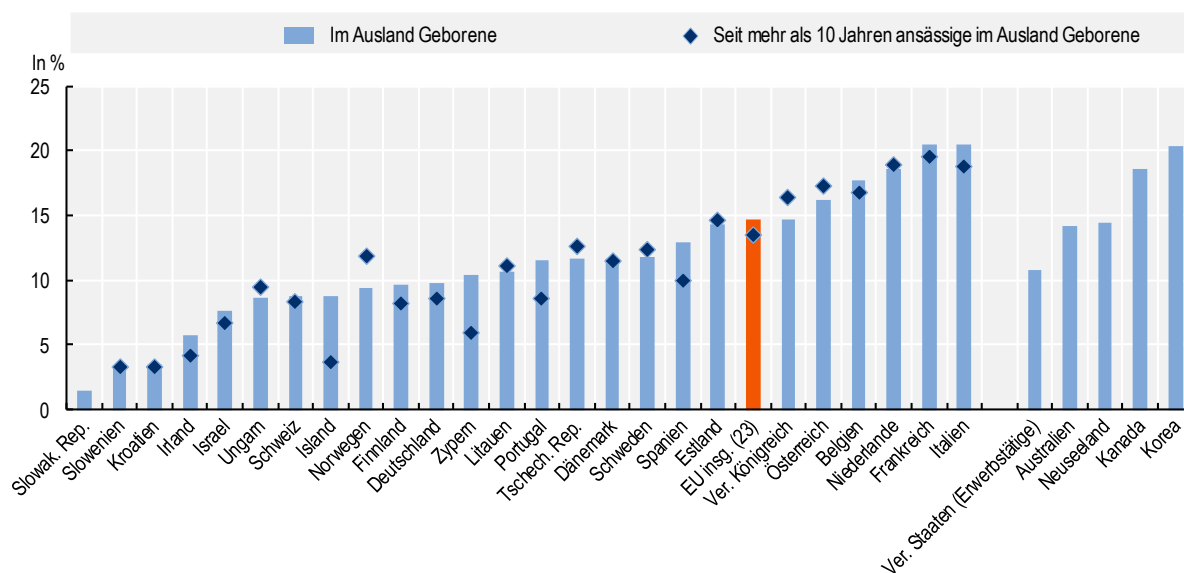
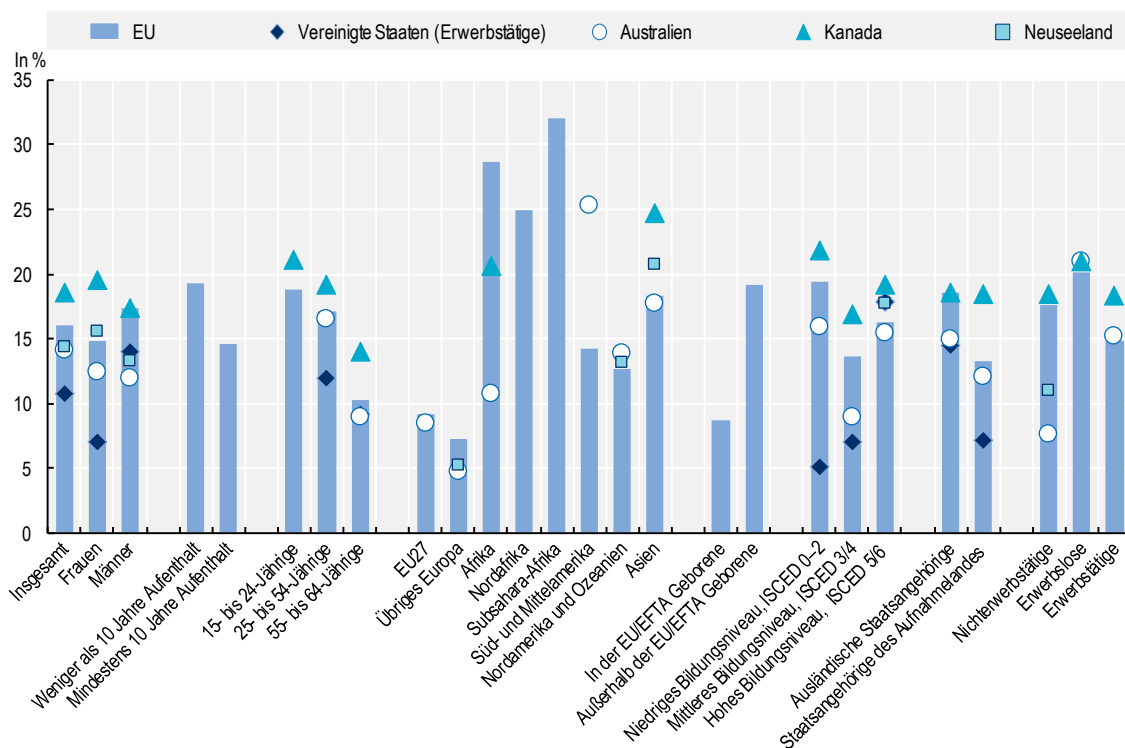
StatLink  <https://stat.link/du87bt>

Abbildung 5.12. Wahrgenommene Diskriminierung unter Zugewanderten, nach Merkmalen

15- bis 64-Jährige, 2016–2020

StatLink  <https://stat.link/j7kgpc>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.7. Vertrauen in den Staat

Kontext des Indikators

Das Vertrauen der Zugewanderten in die öffentlichen Institutionen ist ein wichtiger Gradmesser für den sozialen Zusammenhalt und eng damit verknüpft, inwieweit sich Zugewanderte als gleichberechtigte, akzeptierte Mitglieder der Aufnahmegesellschaft fühlen.

Der Indikator bildet den Anteil der Bevölkerung ab, der eigenen Angaben zufolge Vertrauen in die Polizei, das Parlament oder das Rechtssystem hat (in den Vereinigten Staaten in die Exekutive, den Kongress und den Obersten Gerichtshof).

In der EU vertrauen Zugewanderte der Polizei, dem Parlament und dem Rechtssystem häufiger als die im Inland Geborenen (61 % vs. 54 %, 30 % vs. 20 % und 45 % vs. 33 %). Außerhalb von Europa zeichnet sich ein ähnliches Bild ab: Zugewanderte vertrauen den öffentlichen Institutionen überall häufiger, insbesondere dem Parlament (außer in Israel). In zwei Dritteln der Länder vertrauen die Zugewanderten der Polizei und dem Rechtssystem häufiger als die im Inland Geborenen, und in fünf von sechs Ländern genießt auch das Parlament mehr Vertrauen. In den Vereinigten Staaten, Zypern und einigen mittel- und osteuropäischen Staaten ist die Kluft zwischen den im Inland und den im Ausland Geborenen beim Vertrauen in die Polizei besonders groß. Beim Vertrauen in das Rechtssystem ist der Abstand in Kanada, Neuseeland, Spanien und Belgien am größten (mindestens 15 Prozentpunkte). In der Tschechischen Republik und den baltischen Ländern, wo die Vertrauenswerte allgemein gering sind, haben Zugewanderte hingegen weniger Vertrauen in die Polizei und das Rechtssystem als die im Inland Geborenen. In den nordischen Ländern, wo die Vertrauenswerte auf einem hohen Niveau liegen, vertrauen die Zugewanderten der Polizei und dem Rechtssystem ebenfalls seltener als die im Inland Geborenen.

Das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen ist im Zeitraum 2012–2020 gegenüber 2002–2010 EU-weit in beiden Gruppen gewachsen, bei den im Ausland Geborenen sogar noch etwas mehr. Das Vertrauen in die Polizei ist sowohl in der Gruppe der im Ausland Geborenen als auch in der Gruppe der im Inland Geborenen um rd. 7 Prozentpunkte gewachsen. Beim Vertrauen in das Parlament (3 Prozentpunkte) und das Rechtssystem (4 Prozentpunkte) sieht es ähnlich aus. Nennenswerte Ausnahmen bilden Zypern und Spanien, wo das Vertrauen in das Rechtssystem und das Parlament sowohl bei den Zugewanderten als auch bei den im Inland Geborenen zurückging. Die Vereinigten Staaten mussten ebenfalls einen Vertrauensverlust hinnehmen – über beide Gruppen hinweg und in alle Institutionen, insbesondere in den Kongress.

Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge vertrauen Zugewanderte den Institutionen der Aufnahmeländer möglicherweise deshalb mehr, weil das Vertrauen in den Staat in ihren Herkunftsländern schwächer ist. Da dieser Effekt mit der Zeit jedoch nachlässt, sind die Vertrauenswerte bei den seit Langem ansässigen Zugewanderten in vier von fünf Ländern geringer als bei den Neuzugewanderten. Darüber hinaus gibt es ein konstantes Geschlechtergefälle: Bei Frauen ist das Vertrauen in das Parlament und das Rechtssystem rd. 5 Prozentpunkte niedriger, egal ob sie im Inland oder im Ausland geboren sind. Bei den geringqualifizierten Zugewanderten ist das Vertrauen in die Institutionen des Aufenthaltslands etwas schwächer als bei den hochqualifizierten Migrant*innen (z. B. 61 % vs. 65 % beim Vertrauen in die Polizei), während die Unterschiede innerhalb der im Inland geborenen Bevölkerung hier größer ausfallen (50 % vs. 61 % beim Vertrauen in die Polizei).

Kernaussagen

- In zwei Dritteln der Länder vertrauen die Zugewanderten der Polizei und dem Rechtssystem häufiger als die im Inland Geborenen. EU-weit vertrauen 61 % der Zugewanderten der Polizei und 45 % dem Rechtssystem, wohingegen es bei den im Inland Geborenen nur 54 % bzw. 33 % sind. Auch außerhalb von Europa vertrauen die Zugewanderten den Institutionen der Aufnahmeländer häufiger.
- In der EU ist das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung seit den frühen 2000er Jahren gewachsen, wenn auch stärker bei den im Ausland Geborenen. Dies steht im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, wo das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen in beiden Gruppen gesunken ist.
- Mit längerem Aufenthalt nimmt das Vertrauen der Zugewanderten in den Staat generell ab.

Abbildung 5.13. Vertrauen in die Polizei (Eigenangaben)

15- bis 64-Jährige, 2012–2020

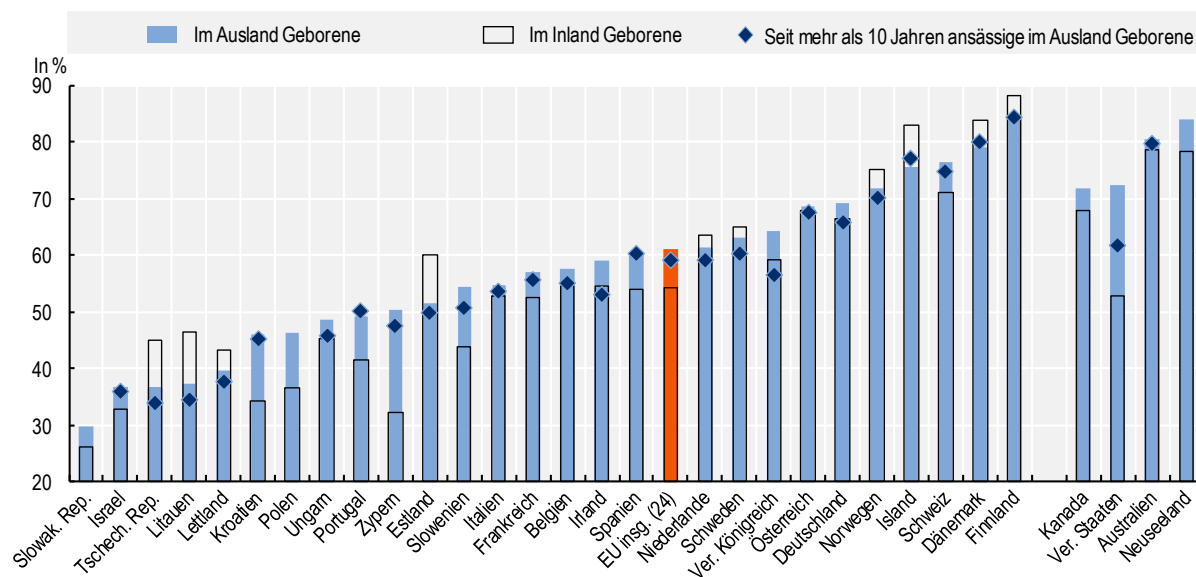
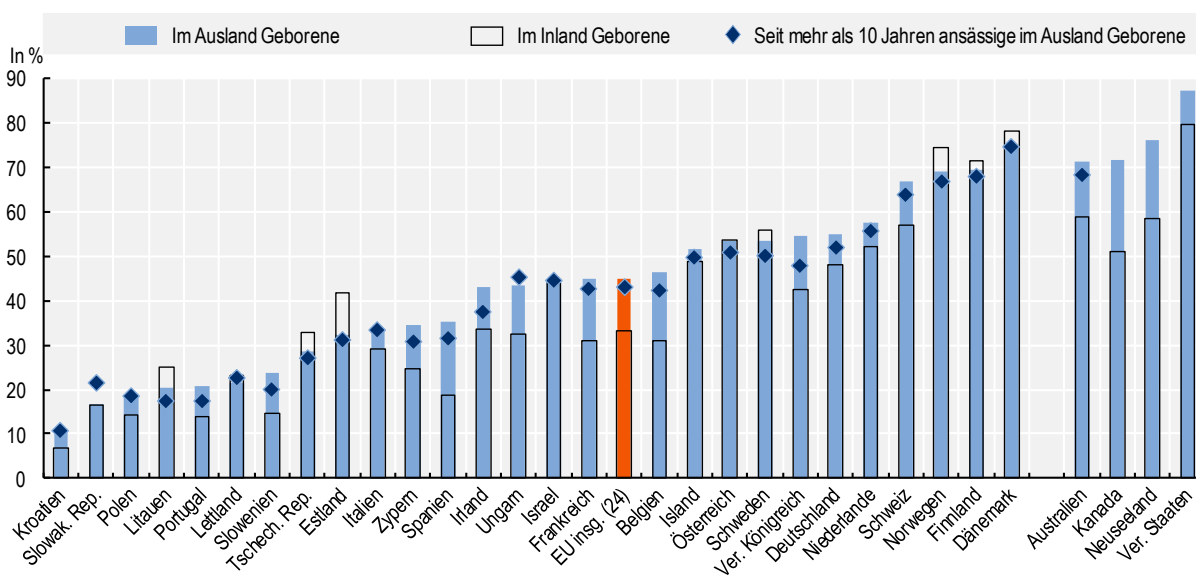
StatLink  <https://stat.link/1ewcix>

Abbildung 5.14. Vertrauen in das Rechtssystem (Eigenangaben)

15- bis 64-Jährige, 2012–2020

StatLink  <https://stat.link/19vn03>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.8. Einstellung der Gesellschaft des Aufnahmelandes zur Integration

Kontext des Indikators

Wie die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft die Integration von Zugewanderten wahrnehmen, gibt Aufschluss über ihre allgemeine Einstellung zur Migration und die Integrationsergebnisse. Eine positive Einstellung zur Integration deutet auf einen breiteren sozialen Zusammenhalt hin.

Anhand des Indikators (der nur für EU-Länder zur Verfügung steht) wird gemessen, welcher Anteil der EU-Bürger*innen der Auffassung ist, dass die Integration von Nicht-EU-Migrant*innen sehr oder ziemlich erfolgreich ist (auf nationaler oder lokaler Ebene).

Im Jahr 2021 betrachteten 47 % der EU-Bürger*innen die Integration der Nicht-EU-Migrant*innen in ihrem Land als erfolgreich. Je nach Land gehen die Meinungen jedoch sehr stark auseinander, wobei sich auch bei mehr oder weniger ähnlichen Populationen von Zugewanderten kein klares Muster erkennen lässt. So hält z. B. in Schweden nur ein Viertel der Befragten die Integration für erfolgreich – deutlich weniger als in anderen Ländern, in denen zuletzt zahlreiche humanitäre Migrant*innen aufgenommen wurden. In Lettland und Frankreich blickt ebenfalls nur rund ein Drittel der Befragten positiv auf die Integration – ein Wert, der deutlich geringer ist als in anderen baltischen Staaten und langjährigen Zielländern. In Ländern mit einem hohen Anteil von Arbeitsmigrant*innen aus Nicht-EU-Staaten, wie beispielsweise Irland oder einige mitteleuropäische Länder, sehen die meisten Befragten die Integration positiv. In Südeuropa ist das allerdings nur teilweise der Fall: Insbesondere in Italien und Griechenland fallen die Bewertungen negativer aus.

Die Integration auf lokaler Ebene wird fast immer positiver bewertet als die Integration auf nationaler Ebene: Rund drei Fünftel der EU-Bürger*innen betrachten sie in ihrer Stadt oder Region als gelungen. In den meisten langjährigen Zielländern (vor allem Frankreich und Belgien) sowie in Schweden und Österreich gehen die Meinungen zur nationalen und lokalen Integration dabei am weitesten auseinander.

Verschiedene sozioökonomische Gruppen beurteilen die Frage, ob die Integration der Nicht-EU-Migrant*innen in ihrem Land erfolgreich war, sehr ähnlich. Das Geschlecht, der Beschäftigungsstatus und das Bildungsniveau fallen dabei EU-weit kaum ins Gewicht. Unter-25-Jährige und Befragte in großen Städten halten die Integration allerdings für deutlich erfolgreicher als Ältere und Befragte in Kleinstädten und Dörfern. Allgemein blicken die EU-Bürger*innen, die sich gut informiert fühlen und häufiger mit Zugewanderten aus Nicht-EU-Staaten in Kontakt sind, positiver auf die Integration. Das Gleiche gilt für EU-Staatsangehörige mit im Ausland geborenen Eltern oder Großeltern.

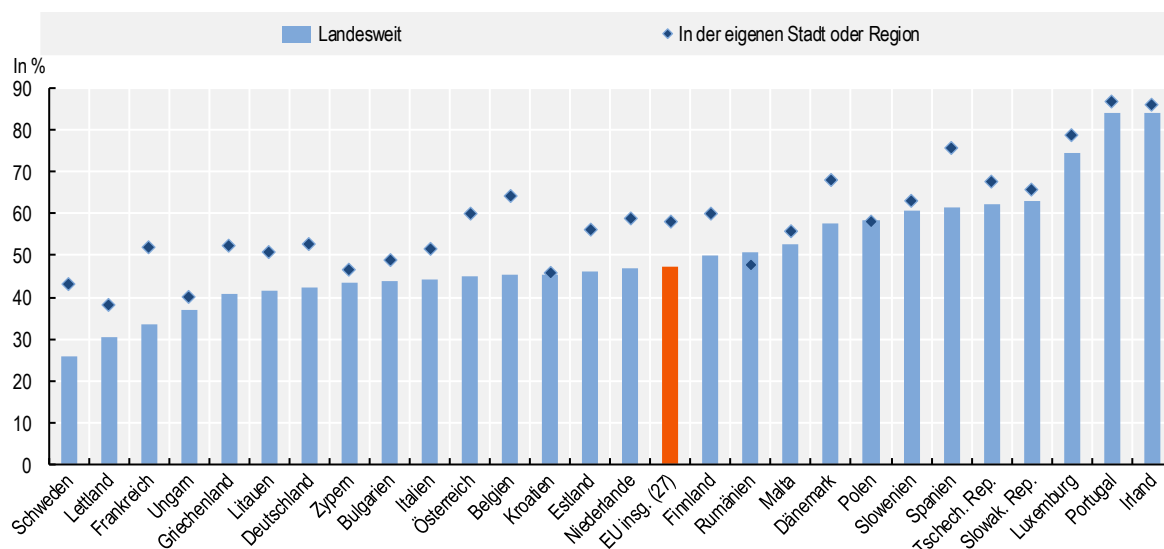
2021 wurde die Integration Zugewanderter auf nationaler Ebene in zwei Dritteln der Länder positiver bewertet als noch vier Jahre zuvor. Am positivsten war der Meinungsumschwung dabei in den meisten mitteleuropäischen Ländern und Deutschland: Der Anteil der Befragten, die die Integration von Nicht-EU-Zugewanderten als gelungen betrachteten, stieg hier um mindestens 8 Prozentpunkte. In Kroatien, Slowenien, Österreich und Finnland verdüsterte sich das Meinungsbild hingegen deutlich. Die Mehrheit (53 %) der EU-Bürger*innen ist der Auffassung, dass ihre Regierungen zu wenig tun, um die Integration von Zugewanderten aktiv zu fördern, und 69 % betrachten die Förderung der Integration als notwendige langfristige Investition.

Kernaussagen

- 2021 betrachteten EU-weit 47 % der EU-Bürger*innen die Integration der Nicht-EU-Migrant*innen in ihrem Land als erfolgreich. Das positivste Meinungsbild gibt es dabei in Irland und einigen mitteleuropäischen Ländern, das negativste in Schweden, Lettland und Frankreich.
- EU-Bürger*innen, die sich gut informiert fühlen oder häufiger mit Nicht-EU-Migrant*innen in Kontakt sind, bewerten ihre Integration allgemein als erfolgreicher.
- Die Mehrheit (53 %) der EU-Bürger*innen ist der Auffassung, dass ihre Regierungen zu wenig tun, um die Integration von Zugewanderten aktiv zu fördern, und 69 % betrachten die Förderung der Integration als notwendige Investition.

Abbildung 5.15. Einstellung der Gesellschaft des Aufnahmelandes zur Integration von Nicht-EU-Migrant*innen in der EU

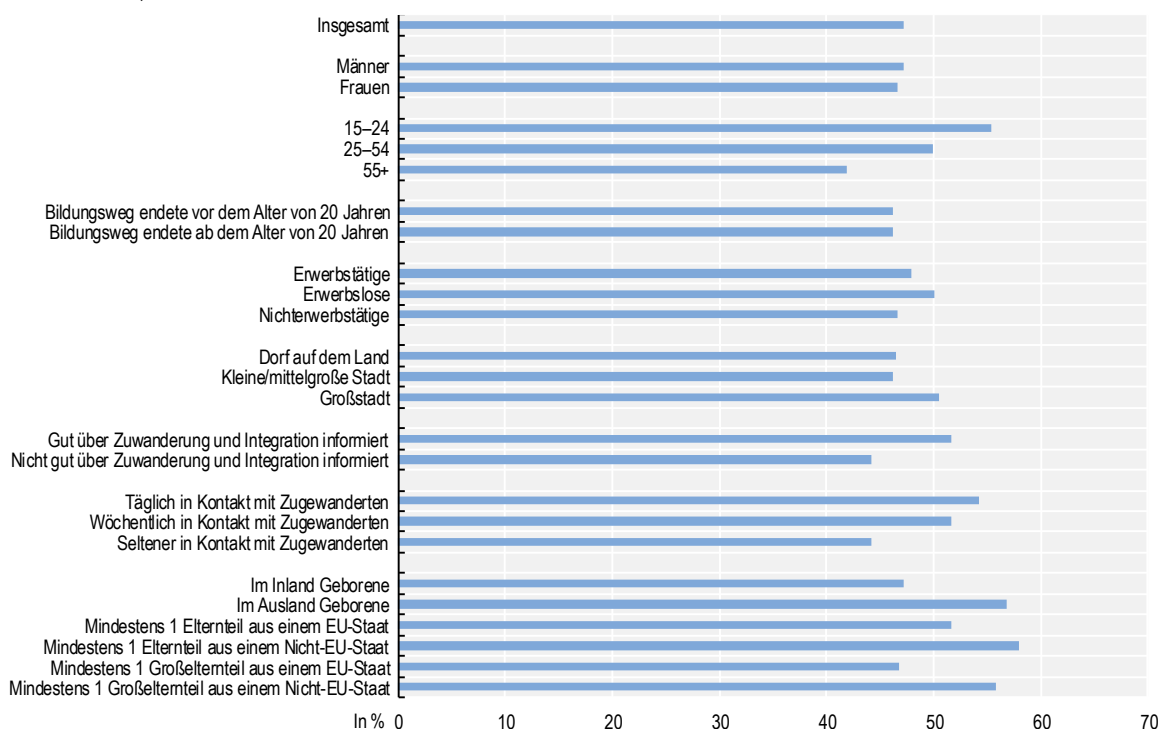
EU-Staatsangehörige ab 15 Jahren, die die Integration als sehr oder ziemlich erfolgreich bewerten, ohne Antwortausfälle, 2021



StatLink <https://stat.link/5zk6mj>

Abbildung 5.16. Einstellung der Gesellschaft des Aufnahmelandes zur Integration von Nicht-EU-Migrant*innen, nach unterschiedlichen Merkmalen, EU27

EU-Staatsangehörige ab 15 Jahren, die die Integration als sehr oder ziemlich erfolgreich bewerten, ohne Antwortausfälle, 2021



StatLink <https://stat.link/zd4coq>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.9. Ansicht der Gesellschaft des Aufnahmelandes zur Entwicklung der Integrationsergebnisse

Kontext des Indikators

Wie die Gesellschaft des Aufnahmelandes die Entwicklung der Integrationsergebnisse der Zugewanderten einschätzt und inwiefern diese Wahrnehmung den Tatsachen entspricht, gibt Aufschluss darüber, wie sehr die Öffentlichkeit mit Integrationsfragen vertraut ist und wie sie zur Migration steht. Als Indikatoren berücksichtigt werden hier Beschäftigung, Armut und die Entwicklung des Bildungsniveaus.

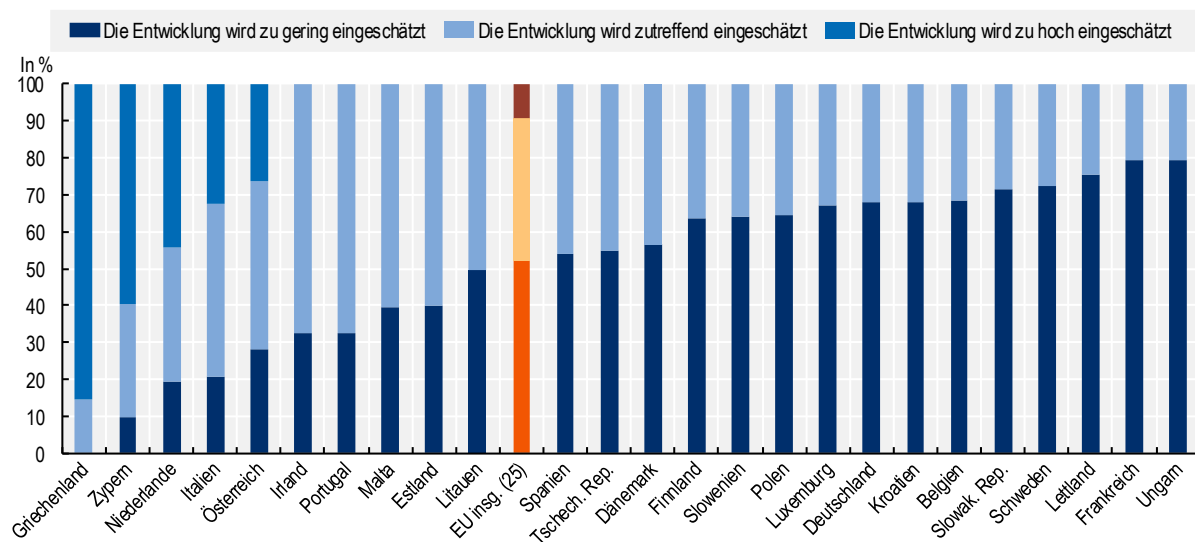
Der (nur für die EU-Länder zur Verfügung stehende) Indikator vergleicht die wahrgenommene Entwicklung wichtiger Integrationsergebnisse von außerhalb der EU geborenen Zugewanderten mit der tatsächlichen Entwicklung über einen Zeitraum von zehn Jahren. Die wahrgenommene Entwicklung beruht auf den Antworten der EU-Bürger*innen im Eurobarometer 2021, die tatsächliche auf den aktuellen Daten in diesem Bericht. Dabei gilt eine tatsächliche Entwicklung dann als positiv/negativ, wenn der betreffende Indikator in den letzten zehn Jahren um +/-2 Prozentpunkte oder +/-10 PISA-Punktzahlen gestiegen bzw. gesunken ist. Dazwischen gilt die Entwicklung als unerheblich und damit als stabil.

Der Großteil der EU-Bevölkerung hat unabhängig von den betrachteten Indikatoren eine verzerrte Wahrnehmung von der Integrationsentwicklung der letzten zehn Jahre. Der Anteil der erwerbstätigen Zugewanderten (approximiert als Erwerbstätigenquote) wird von den meisten Befragten in einem Viertel der EU-Länder richtig eingeschätzt. Nur in Griechenland, Zypern und den Niederlanden wird die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten der Zugewanderten überschätzt, und in fast drei von fünf Ländern wird sie unterschätzt. In der EU schätzen nur 39 % der Befragten die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten im eigenen Land richtig ein. Mehr als die Hälfte (52 %) schätzt sie zu gering ein, 9 % zu hoch. Vor allem in den südeuropäischen Ländern (außer Spanien und Portugal), wo die Erwerbstätigenquoten der Nicht-EU-Migrant*innen gesunken oder im besten Fall stabil geblieben sind, werden die Zahlen häufig zu hoch angesetzt. In vielen mitteleuropäischen Ländern und den meisten langjährigen Zielländern, in denen die Erwerbstätigenquoten tatsächlich gestiegen sind, schätzen die meisten Befragten die Situation schlechter ein als sie tatsächlich ist. In Ungarn, Frankreich und Lettland werden die Quoten sogar von drei Vierteln der Befragten unterschätzt. Am zutreffendsten wird die Entwicklung der Beschäftigung der Zugewanderten in Irland, Portugal, Malta und Estland eingeschätzt.

Werden zugewanderte Männer und Frauen getrennt betrachtet, ändert sich die verzerrte Wahrnehmung ein wenig: So gehen die EU-Bürger*innen z. B. davon aus, dass sich die Erwerbstätigenquoten der aus Drittstaaten zugewanderten Männer und Frauen ähnlich entwickelt haben, obwohl die Beschäftigung bei den Männern tatsächlich häufiger gestiegen ist als bei den Frauen. 48 % der Befragten in der EU unterschätzen die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten bei den Männern aus Nicht-EU-Ländern, während bei den Frauen nur 42 % der Befragten die Werte zu niedrig einschätzen. In Spanien glauben die meisten Befragten, dass sich die Erwerbstätigenquote der außerhalb der EU geborenen Männer schlechter entwickelt hat als das tatsächlich der Fall ist, während die Entwicklung bei den Frauen zu hoch eingeschätzt wird. In den Niederlanden, wo die Erwerbstätigenquote nicht in der EU geborener Männer und Frauen stabil blieb, geht die Hälfte der Befragten davon aus, dass sich die Arbeitsmarktsituation der Frauen aus Nicht-EU-Ländern verbessert hat, während bei den Männern nur ein Drittel der Befragten von einem Zuwachs ausgeht.

Abbildung 5.17. Wahrgenommene Entwicklung der Erwerbstätigenquoten der Nicht-EU-Migrant*innen in der EU

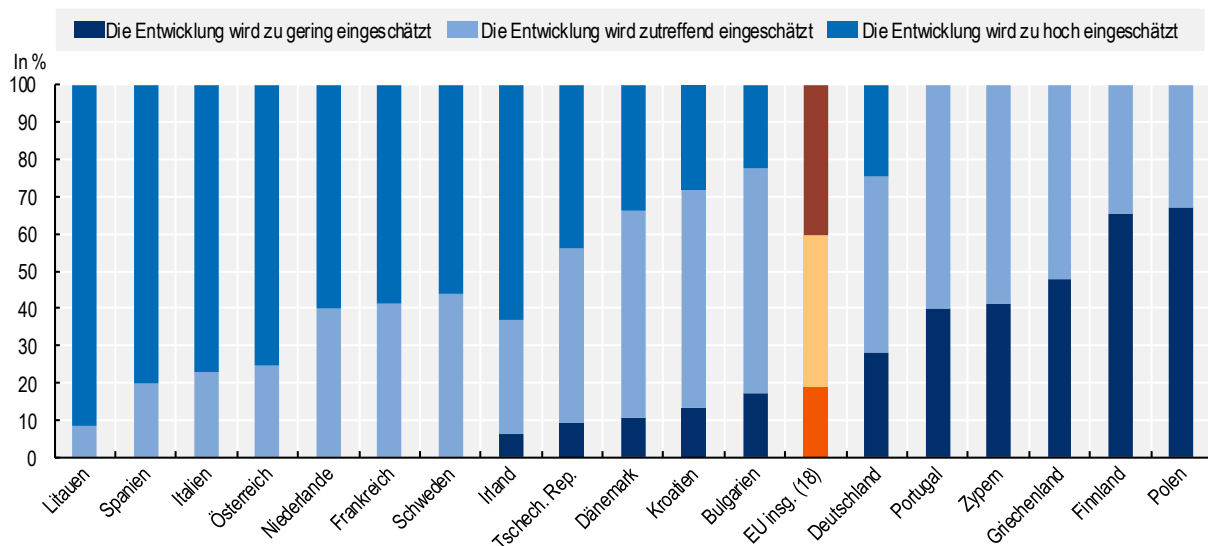
EU-Staatsangehörige ab 15 Jahren, Wahrnehmung der Entwicklung der Erwerbstätigenquoten in den letzten zehn Jahren gegenüber der tatsächlichen Entwicklung, 2021



StatLink <https://stat.link/27almn>

Abbildung 5.18. Wahrgenommene Entwicklung der Armutsquoten der Nicht-EU-Migrant*innen in der EU

EU-Staatsangehörige ab 15 Jahren, Wahrnehmung der Entwicklung der Armutsquoten in den letzten zehn Jahren gegenüber der tatsächlichen Entwicklung im Zeitraum 2010–2020, 2021



StatLink  <https://stat.link/7k0fq8>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

Die EU-Staatsangehörigen schätzen die Entwicklung der Armutsquoten der Nicht-EU-Migrant*innen positiver ein als sie tatsächlich ist. So waren 40 % der Einschätzungen zu hoch, 41 % zutreffend und 19 % zu niedrig. In fast allen Ländern, in denen die Armutsquoten der Nicht-EU-Migrant*innen in den letzten zehn Jahren gestiegen sind, gingen die meisten Befragten von einem geringeren Anstieg der Armutszahlen aus, vor allem in Litauen, Spanien und Italien. In den südeuropäischen Ländern hingegen, in denen die Armutsquoten der nicht in der EU geborenen Zugewanderten nach unten gingen, wurde der Rückgang der Armut von den meisten Befragten richtig eingeschätzt. Andere Länder, in denen die Armutsquote ebenfalls sank, waren sich dieser Entwicklung weniger bewusst. In Polen und Finnland gingen die Befragten z. B. von einer schlechteren Entwicklung der Quote aus.

Das Bildungsniveau der im Ausland geborenen Bevölkerung, einschließlich der Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern, ist in den letzten zehn Jahren gestiegen (Indikator 3.1.), nicht zuletzt dank der Neuzuwanderung höher qualifizierter Menschen. In den meisten Ländern gibt es unter den Befragten allerdings kein Bewusstsein dafür, dass sich der Anteil der hochqualifizierten Nicht-EU-Migrant*innen vergrößert hat. Insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Frankreich ist höchstens einem Drittel der Befragten bekannt, dass das Bildungsniveau der Nicht-EU-Migrant*innen in den letzten zehn Jahren gestiegen ist. EU-weit schätzen nur 42 % der Befragten die Situation richtig ein. Lediglich in einem Drittel der Länder – und hier vor allem in Südeuropa – sind die meisten Einschätzungen näher an der Realität.

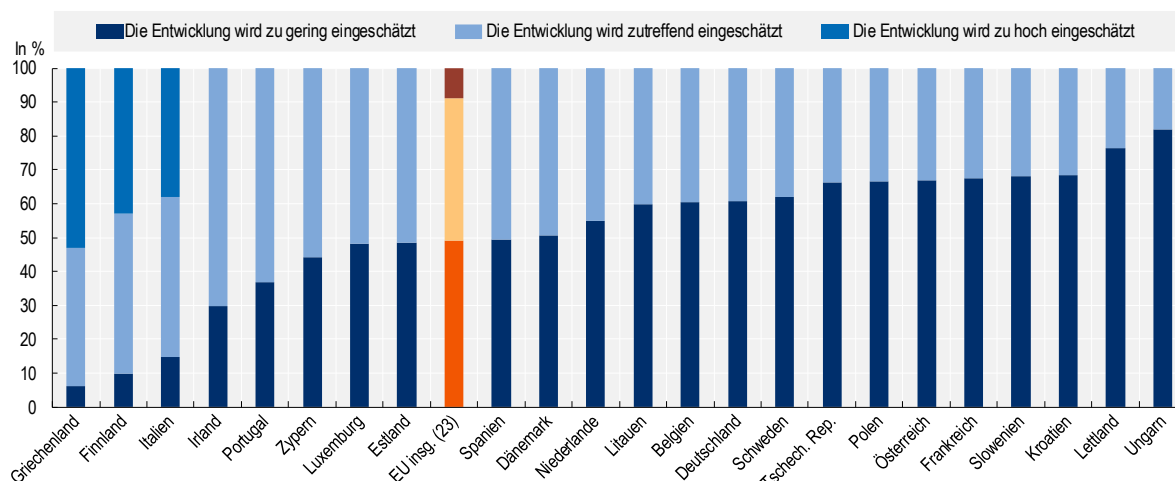
Im Gegensatz zu den zugewanderten Erwachsenen haben sich die Bildungsergebnisse der im Inland geborenen Kinder von Zugewanderten in den letzten zehn Jahren in einem Drittel der EU-Länder verbessert. In den meisten anderen Ländern blieben sie dagegen relativ stabil. EU-weit schätzen 38 % der Befragten die Entwicklung in ihrem Land zutreffend ein, weitere 38 % überschätzen die Bildungsergebnisse und nur 24 % nehmen an, dass sich die Bildungsergebnisse der Kinder von Zugewanderten verschlechtert haben. In den südeuropäischen und den meisten nordischen Ländern schätzen die Befragten die Entwicklung der Bildungsergebnisse als positiver ein als sie tatsächlich sind. Dies gilt vor allem für Länder, in denen die Ergebnisse (gemessen an den PISA-Ergebnissen) tatsächlich am stärksten gefallen sind. In Griechenland, Finnland, den Niederlanden und Ungarn gehen rund sieben von acht Befragten von einer positiveren Entwicklung aus. In den meisten langjährigen Zielländern (außer Belgien und den Niederlanden), Schweden und der Tschechischen Republik, wo sich die Bildungsergebnisse der Kinder von Zugewanderten deutlich verbesserten, wird deren Entwicklung von den meisten Befragten dagegen unterschätzt. Am genauesten werden die Entwicklungen in den Ländern eingeschätzt, in denen die Population der im Ausland Geborenen am kleinsten ist, wie in den baltischen Ländern und Osteuropa.

Kernaussagen

- Die meisten EU-Bürger*innen schätzen die Entwicklung der Integrationsergebnisse der nicht in der EU geborenen Zugewanderten der letzten zehn Jahre falsch ein. Unabhängig von dem betrachteten Indikator schätzen weniger als 43 % der Befragten die Entwicklung der Integrationsergebnisse richtig ein.
- Die meisten Befragten in Südeuropa (außer Spanien und Portugal) überschätzen die Entwicklung der Erwerbstätigenquote der Nicht-EU-Migrant*innen, während in vielen mitteleuropäischen Ländern und den meisten langjährigen Zielländern das Gegenteil der Fall ist.
- Obwohl der Anteil der Hochqualifizierten unter den Nicht-EU-Migrant*innen gestiegen ist, wird in den meisten Ländern vom Gegenteil ausgegangen, vor allem in Frankreich und den mittel- und osteuropäischen Ländern.
- Die Befragten in den südeuropäischen und nordischen Ländern (außer Schweden) schätzten die Entwicklung der Bildungsergebnisse der Kinder von Zugewanderten positiver ein als sie tatsächlich war. In den meisten langjährigen Zielländern, Schweden und der Tschechischen Republik gingen die Befragten vom Gegenteil aus, obwohl sich die Bildungsergebnisse der Kinder von Zugewanderten deutlich verbesserten.

Abbildung 5.19. Wahrgenommene Entwicklung der Bildungsniveaus der Nicht-EU-Migrant*innen in der EU

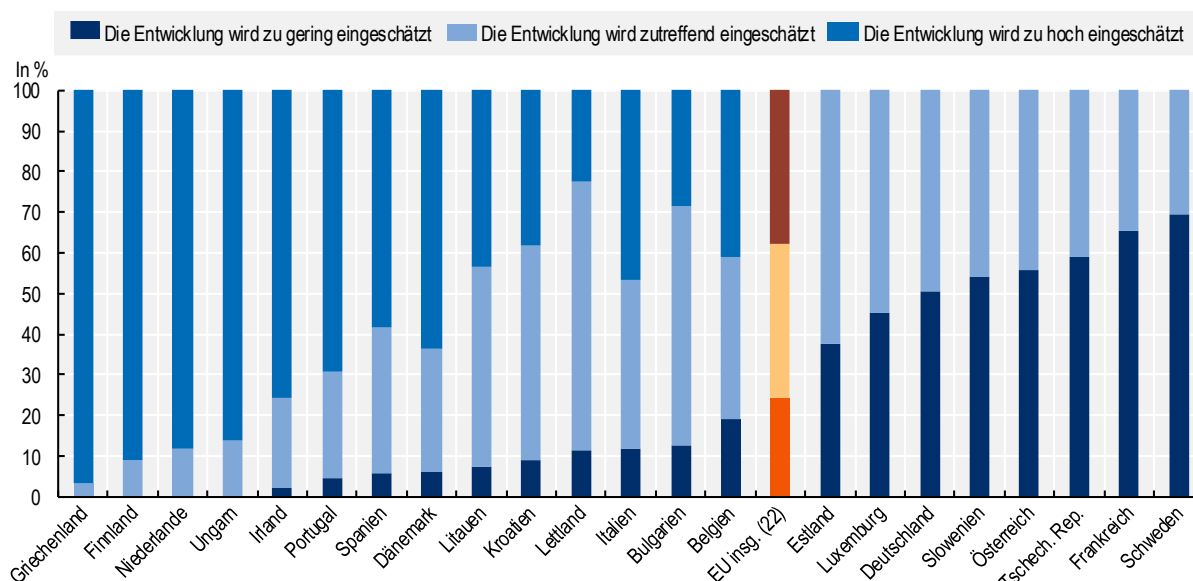
EU-Staatsangehörige ab 15 Jahren, Wahrnehmung der Entwicklung des Anteils der Hochqualifizierten in den letzten zehn Jahren gegenüber der tatsächlichen Entwicklung im Zeitraum 2010–2020, 2021



StatLink <https://stat.link/copkg0>

Abbildung 5.20. Wahrgenommene Entwicklung der Bildungsergebnisse der Kinder von Zugewanderten in der EU

EU-Staatsangehörige ab 15 Jahren, Wahrnehmung der Entwicklung der PISA-Lesekompetenzergebnisse in den letzten zehn Jahren gegenüber der tatsächlichen Entwicklung im Zeitraum 2009–2018, 2021



StatLink <https://stat.link/rmuin1>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.

5.10. Für eine erfolgreiche Integration als notwendig erachtete soziale Faktoren

Kontext des Indikators

Wenn die politisch Verantwortlichen sich bewusst sind, welche Aspekte die Gesellschaft des Aufnahmelandes als Faktoren eines erfolgreichen Integrationsprozesses erachtet, können sie die Bedenken der Öffentlichkeit besser aufgreifen und einschätzen, welche Integrationsansätze in der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen würden.

Dieser Indikator, der nur für die EU-Länder zur Verfügung steht, fasst die sozialen Faktoren zusammen, die den EU-Bürger*innen zufolge die erfolgreiche Integration von Personen, die außerhalb der EU geboren sind, im Aufnahmeland erleichtern oder behindern.

Die sozialen Faktoren, die die EU-Bevölkerung als wichtig für die Integration der Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern erachtet, sind in fast allen EU-Ländern gleich. Das Beherrschen der Amtssprache des Aufnahmelandes steht dabei an erster Stelle: 85 % der Befragten in der EU sind dieser Meinung. In Finnland liegen Sprachkenntnisse allerdings knapp hinter der Einhaltung der gemeinsamen Werte und Normen der Aufnahmegesellschaft – ein Integrationsfaktor, der mit einer EU-weiten Zustimmung von 77 % auch in anderen Ländern eine wesentliche Rolle spielt. Tatsächlich wird die Akzeptanz der Werte und Normen der Aufnahmegesellschaft genauso häufig als wichtiges Integrationskriterium genannt wie wirtschaftliche Faktoren, wie beispielsweise der Beitrag zum sozialen Sicherungssystem oder ein ausreichend hohes Bildungs- und Kompetenzniveau, um eine Arbeit zu finden. Rund zwei Drittel der Befragten in der EU halten außerdem Freundschaften für einen wichtigen Faktor bei der Integration, wenn auch in geringerem Umfang. Die Pflege der kulturellen Traditionen des Aufnahmelandes wird hingegen als weniger wichtig erachtet: In knapp einem Drittel der Länder halten weniger als 50 % der Befragten diesen Aspekt für wichtig, vor allem in den nordischen Ländern, Deutschland und den Niederlanden. In neuen Zielländern wie den südeuropäischen Staaten, Ungarn und Irland wird die Befolgung kultureller Traditionen am wichtigsten eingeschätzt.

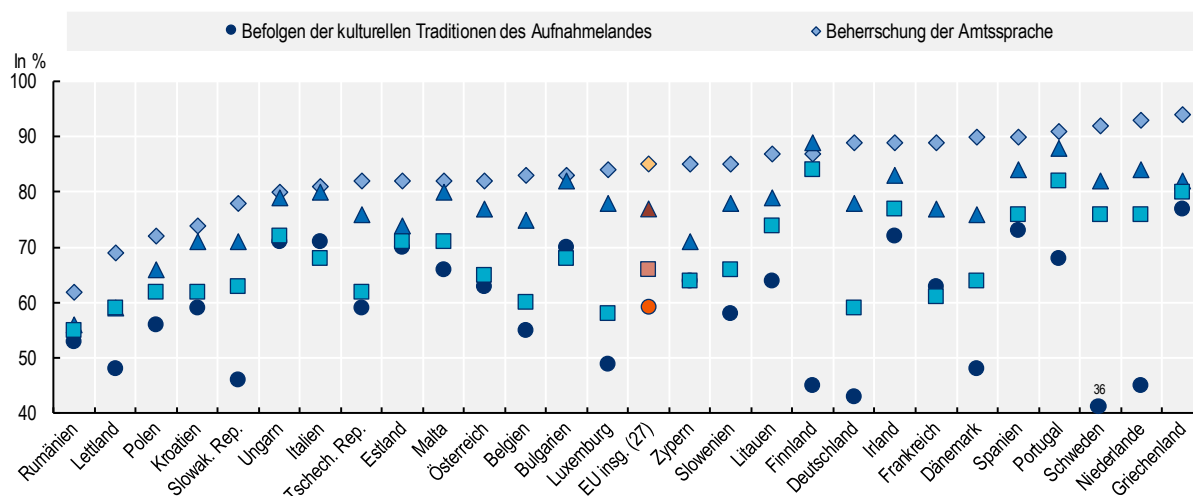
In rund der Hälfte der EU-Länder sind mindestens zwei Drittel der Befragten der Auffassung, dass eines der größten Hindernisse für die Integration im Aufnahmeland die unzureichenden Bemühungen der Zugewanderten selbst sind. Diese Meinung ist in Südeuropa (insbesondere Griechenland), Finnland und den Niederlanden besonders weit verbreitet. In Ländern mit einer längeren Migrationsgeschichte (z. B. Frankreich, Schweden und die Niederlande) wird die Diskriminierung von Zugewanderten als noch größeres Integrationshindernis erachtet. In der EU sind rund zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass Diskriminierung, unzureichende Anstrengungen seitens der Zugewanderten und eine hohe Konzentration von Zugewanderten in bestimmten Gebieten die größten Integrationshindernisse darstellen. Als größtes Problem wird jedoch die Arbeitsuche betrachtet: Den EU-Bürger*innen zufolge handelt es sich dabei um das größte Integrationshindernis. Obwohl mindestens drei von fünf Befragten der Auffassung sind, dass der mangelnde Kontakt zwischen den Zugewanderten und den Staatsangehörigen des Aufnahmelandes sowie die negative Berichterstattung über Zugewanderte in den Medien ein Integrationshindernis darstellen, wird diesen Aspekten durchgehend weniger Bedeutung beigemessen als anderen oben aufgeführten Faktoren.

Kernaussagen

- Insgesamt wird die Beherrschung der Amtssprache des Aufnahmelandes als der wichtigste soziale Faktor für die Integration von Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern betrachtet. Danach folgen – zu gleichen Anteilen – die Einhaltung der Werte und Normen des Aufnahmelandes, der Beitrag zum sozialen Sicherungssystem und ein ausreichendes Bildungs- und Kompetenzniveau.
- Das größte Integrationshindernis ist laut den EU-Bürger*innen die Suche nach einem Arbeitsplatz.
- In der EU sind zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass die unzureichenden Integrationsbemühungen der Zugewanderten selbst und ihre Diskriminierung wichtige soziale Hindernisse für ihre Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes sind.

Abbildung 5.21. Soziale Faktoren für die erfolgreiche Integration von Nicht-EU-Migrant*innen in der EU

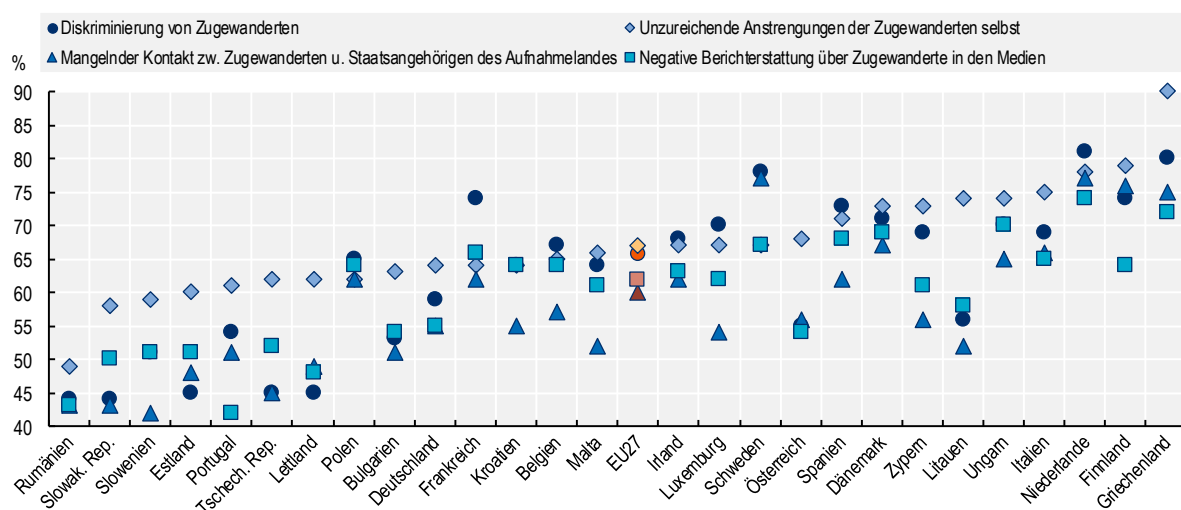
EU-Staatsangehörige ab 15 Jahren, die der Auffassung sind, dass der betreffende Faktor wichtig für eine erfolgreiche Integration von Zugewanderten in ihrem Land ist, 2021



StatLink  <https://stat.link/guqpyw>

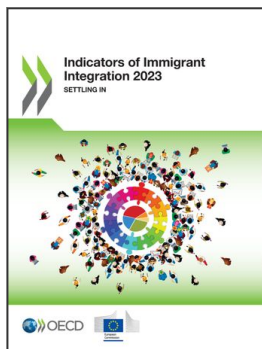
Abbildung 5.22. Soziale Hindernisse für eine erfolgreiche Integration von Nicht-EU-Migrant*innen in der EU

EU-Staatsangehörige ab 15 Jahren, die der Auffassung sind, dass der betreffende Faktor ein Hindernis für eine erfolgreiche Integration von Zugewanderten in ihrem Land ist, 2021



StatLink  <https://stat.link/khlmbr>

Anmerkungen und Quellen sind unter den jeweiligen StatLinks aufgeführt.



From:

Indicators of Immigrant Integration 2023 Settling In

Access the complete publication at:

<https://doi.org/10.1787/1d5020a6-en>

Please cite this chapter as:

OECD/European Commission (2023), “Bürgerschaftliches Engagement und soziale Integration von Zugewanderten”, in *Indicators of Immigrant Integration 2023: Settling In*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/8e82dcb6-de>

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.